Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17 Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11 – 12

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 68

Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.–; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Dienstag, den 22. März 1921

Anzeigenpreis: Im [illegible] Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalten en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Unser Sieg in Oberschlesien.

Das Reedereiabfindungsgesetz — Kommunisten und Demokraten in einer Koalition

Die Irreführung der Mansfelder Arbeiter.

Berlin, 31. März Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einstehen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesessene Bevölkerung hat ungeachtet aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Gedanken zu entfremden, in ihrer überwältigenden Mehrheit treu zum Vaterlande gehalten. Die Stimmberechtigten Oberschlesiens aus dem Reiche und dem Auslande haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühen nicht gescheut. Sie sind allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz vollzählig nach Oberschlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzspende die Mittel beigesteuert, um auch den Aermsten die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdliche Arbeit und mustergültiges Zusammenwirken das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen, ohne Ausnahme, ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß.

Berlin, 21. März 1921.

Der Reichspräsident. Ebert. **Der Reichskanzler. Fehrenbach.**

Bisher 749 000 Deutsche, 553 000 Polen!

Aus den vielen Einzelmeldungen lassen sich bis 11 Uhr vormittags folgende Gesamtergebnisse errechnen: Es sind bisher gezählt worden 749 000 deutsche und 553 000 polnische Stimmen.

Infolge der Erschwerung des Nachrichtendienstes sind diese Zahlen noch nicht als die endgültigen zu betrachten.

Die polnische Rache setzt ein.

Kattowitz, 22. März. Im ganzen Landkreis Beuthen flackern besorgniserregende polnische Unruhen auf. In Deutsch-Piekar wurden die Gebrüder Dudek, der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Miechowitz wurde die Straßenbahn angehalten, sämtliche Leute herausgezerrt und vor den Augen der Polen verprügelt und schwer mißhandelt. Einige trugen einen Nervenchock davon. Die Ortsstelle Orzegow des deutschen Plebiszitkommissariats wurde vertrieben. 30 Personen wurden teilweise schwer, teils leicht verletzt. Von Hohenlinde trifft die Meldung ein, daß die Polen die Straßenbahnen anhalten, Drohungen gegen die Deutschen ausstoßen und mit Gesang durch die Straßen ziehen. Auf Vorstellungen beim Kreiskontrolleur wurde geantwortet, er habe keine Leute zur Verfügung. In Karf entwaffneten die polnischen Apo-Beamten die deutschen Apo-Beamten. Die polnische Apo schlägt auf die Leute ein. Gestern abend zog in Beuthen eine Bande von 60 Polen in geschlossenem Zuge zum Hotel Lomnitz. An General Lerond wurde ein Telegramm um Hilfe gesandt. In Karbowa bei Kattowitz wurden Handgranaten geworfen. In Schoppinitz wurden polnische Umzüge veranstaltet, Gewalttätigkeiten gegen Deutsche verübt und die Wohnungen der Deutschen geplündert. Ein abstimmungsberechtigter Berliner wurde auf der Straße mißhandelt; ein im Kraftwagen vorüberfahrender französischer Offizier nahm ihn mit. Auch eine Frau wurde schwer mißhandelt. Schwache französische Abteilungen sind nach Schoppinitz gesandt worden. Eine schwere Schießerei ist im Gange; die Deutschen flüchten. In Josephsdorf ziehen Banden umher und drohen, die Deutschen zu erschießen. In Laurahütte werden gleichfalls Zusammenrottungen gemeldet, die schwere Gefahren für die Deutschen befürchten lassen. Die zuständigen Kreiskontrolleure sind besonders dringend von verschiedenen Seiten um Hilfe gebeten worden, bisher jedoch ohne jeden Erfolg

---

Der polnische Terror.

Immer mehr Meldungen über den furchtbaren polnischen Terror während der Abstimmung treffen aus Oberschlesien ein. Wie die Ostdeutsche Morgenpost mitteilt, ist die deutsche Wahlenthaltung im südlichen Teile des Kreises Rybnik auf polnischen Terror zurückzuführen. Nicht einmal die deutschen Mitglieder der paritätischen Ausschüsse waren es, zur Wahl zu erscheinen. Dem gleichen Blatte zufolge ist in Neu- und Alt-Radzionkau und Stolarzowitz die Abstimmung von den Engländern für ungültig erklärt worden, weil in den Wahlbüros nur polnische Stimmzettel ausgelegen haben.

Ein Schlaglicht auf die Unparteilichkeit der Franzosen wirft folgende Meldung der Tägl. Rundschau aus Kattowitz: Auf dem Wochenmarkte von Nikolais hatte sich am Montag eine riesige Menschenmenge eingefunden, der durch Beamte des polnischen Plebiszitbüros die Ergebnisse bekanntgegeben wurden. Anwesende französische Offiziere beglückwünschten die Polen zu den Ergebnissen. Die Polen nahmen schließlich einen französischen Hauptmann auf die Schultern und trugen ihn unter großem Jubel auf dem Marktplatz herum. Der Hauptmann hielt dann eine Rede. in der er sagte, daß diese Erde, also die Gegend von Nikolai, unbedingt zu Polen kommen müsse.

Die Irreführung der Arbeiterschaft.

Ein Wort zum Mansfelder Streik.

Um ihr Ziel, die Arbeiterschaft in einen aussichts- und ziellosen Streik zu treiben, der dann die Paradeopfer schafft, die die Kommunisten zu ihrer Agitation brauchen, benutzt diese Partei die verlogensten Mittel. So trug das Flugblatt, das am Sonntag in Eisleben verteilt wurde und zum Streik aufrief, die Unterschrift des Eislebener Gewerkschaftskartells. Diese Unterschrift ist gefälscht. Das Gewerkschaftskartell hat weder ein Ultimatum an die im Mansfelder Bezirk eingetroffenen Polizeikräfte gestellt, noch hat es zur Herausgabe eines Flugblattes Stellung genommen, es ist in der kritischen Zeit überhaupt nicht zusammengetreten. Aber nur weil sie die Unterschrift des Gewerkschaftskartells auf dem Flugblatt fanden, sah sich die Belegschaft einer Reihe von Werken veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Doch ist der Streik bei weitem nicht allgemein. Es ist deshalb nicht richtig, von einem Generalstreik zu reden. Außerdem ist noch festzustellen, daß nicht ein einziges Werk von der Sipo besetzt worden ist. Noch nicht einmal vor den Werken haben sie sich sehen lassen.

Schon aus der Feststellung dieser einfachen Tatsachen ist zu ersehen, wie frivol vom Zaune gebrochen dieser Streik ist. Noch am Sonnabend gab die Bezirksleitung der VKPD. für den Bezirk die Parole aus, nur die Besetzung der Betriebe mit dem Streik zu beantworten. Die Parole ist entweder nicht ernst gemeint gewesen oder sie ist von einer anderen Stelle durchkreuzt worden. Das letztere ist das Wahrscheinliche. Wer in letzter Zeit „Die Rote Fahne“, das Zentralorgan der VKPD., verfolgt hat, der sieht aus den dort veröffentlichten Aufrufen, wohin das Schiff gesteuert werden soll. Es hat den Anschein, als ob die gesamte Redaktion derselben auf Kommando von Lockspitzeln schreibt. Sie wollen die Arbeiterschaft in ein Blutbad hineintreiben, nicht die „Mordbanden“ Hörsings, von denen sie sprechen. Die Kommunisten brauchen, um erfolgreich agitieren zu können, wieder Proletarierleichen und suchen nun ihr Ziel zu erreichen, indem sie vorläufig die mitteldeutsche Arbeiterschaft in einen sinnlosen Streik treiben. Und dann soll man sich doch vor Augen halten, wie vor einiger Zeit das bisherige Zentralkommitee, die Levi, Däumig usw. zurücktreten mußten auf Moskauer Geheiß. Sie mußten ihren Platz den blindgehorchenden Elementen räumen. Elementen, die nicht nur blind gehorchen, sondern außerdem noch beherrscht werden von wirren einseitigen Vorstellungen über die Möglichkeit politischer Aktionen der Arbeiterklasse. Lügen über Lügen werden verbreitet. So schreibt die „Rote Fahne“ gestern abend: „Schon wüten die Mordbanden in Mitteldeutschland.“ Damit will man den Eindruck erwecken, als ob schon Arbeiterleben dem Treiben, nicht der Sipo, sondern der Kommunisten zum Opfer gefallen seien. Damit will man die Arbeiter anderer Städte aufputschen. Erst solche Geschehnisse geben den Vorwand zum Widerstand aufzurufen, mit der Waffe in der Hand, wie es die „Rote Fahne“ tut.

Aufruf!

An die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands!

Auf Grund des Aufrufes des Oberpräsidenten Hörsing sind wichtige Industrieorte mit Schutzpolizei belegt worden.

Ein Teil der Arbeiterschaft ist durch unverantwortliche Führung zum Streik veranlaßt worden.

Es ist eine Kommission aus Vertretern des Gewerkschaftskartells, der U. S. P. und S. P. D. gebildet, die sofort mit dem Oberpräsidenten in Verhandlungen tritt.

Das Ergebnis wird von uns durch Aufruf bekannt gegeben.

Wir fordern die Arbeiter und Angestellten auf, bis dahin keiner Streikparole Folge zu leisten, von welcher Seite sie auch komme.

Arbeiter und Angestellte!

Folgt in Eurem eigenem Interesse nur den Anordnungen der unterzeichneten Organisationen.

Das Gewerkschaftskartell.
Hesse. Wielepp.

Genossinnen und Genossen!

Obenstehender Aufruf wurde von der gemeinsam gebildeten Kommission verfaßt. Die gemeinsame Unterzeichnung scheiterte aber an dem Verhalten der U. S. P. D., die sich mit dem Inhalt nicht zufrieden geben konnte. Infolgedessen ist der Aufruf nur vom Kartell unterzeichnet.

Die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Das soeben erschienene Heft 51 der Wochenschrift „Die Glocke“ bringt einen Sachverständigen-Aufsatz, in dem mit aller Entschiedenheit die Forderung nach der Unteilbarkeit Oberschlesiens aufgestellt wird. Wenngleich diese Forderung für jeden wirtschaftlich Denkenden eine Selbstverständlichkeit ist, dürfte es doch nicht unzweckmäßig sein, in Anbetracht dessen, daß der Oberste Rat auf Grund des Abstimmungsergebnisses frei verfügen kann, schon heute das Gesetz, nach dem allein im Interesse Europas Oberschlesien wirtschaftlich tätig zu sein vermag, klar zu umschreiben. In dem genannten Aufsatz heißt es: „Nach dem Friedensvertrag hat die Interalliierte Kommission in Oppeln dem Obersten Rat einen Bericht über die Abstimmung vorzulegen, und sie hat außerdem einen Vorschlag für die Grenzziehung einzureichen, der auch den wirtschaftlichen und geographischen Notwendigkeiten des Landes Rechnung trägt. Dieser Vorschlag kann, wenn neben dem Ergebnis der Abstimmung wirklich wirtschaftliche und geographische Rücksichten mitsprechen, nur dahin lauten, daß Oberschlesien mit dem Deutschen Reich vereinigt bleibt. Es ist aber zu befürchten, daß nicht wirtschaftliche und geographische, sondern politische Momente schon bei der Abfassung des Berichtes der Interalliierten Kommission eine nicht unwesentliche Rolle spielen, und diese politischen Momente werden, so wie wir die bisherigen Entscheidungen der Entente kennen, noch mehr in den Vordergrund treten. So läuft auch diese Abstimmung Gefahr, zu einer Farce zu werden. Das aber darf nie geschehen, darf nie geschehen im Interesse Oberschlesiens selbst.

Gewiß gibt es einzelne Grenzstriche — es wäre töricht, das zu leugnen —, die, wenn sich in ihnen eine polnische Mehrheit ergeben sollte, abgetrennt werden können. Solche Grenzberichtigungen werden vielleicht nötig werden in dem Grenzgebiet südlich von Myslowitz und in der Gegend von Imielin. Da diese Gegend stark polnisch ist, so muß mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden. Selbstverständlich würde auch die Lostrennung dieses Gebiets zwischen Pleß und Kattowitz nicht ohne schädliche Folgen bleiben, die sich zuerst in dem unter Umständen zur Abtrennung gelangenden Gebiet selbst zeigen würden. Was aber das industrielle Zentralrevier, das Dreieck Myslowitz-Gleiwitz-Tarnowitz, anbetrifft, so kann und darf daran nicht gerührt und nicht gerüttelt werden. Es ist bisher viel zu wenig betont worden, daß dieses Gebiet eine wirtschaftliche Einheit darstellt, wie man sie sich einheitlicher überhaupt nicht vorstellen kann. Die Wechselbeziehungen zwischen dem Gruben- und dem Hüttenbetrieb, die Beziehungen des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie zu den übrigen Industrien Oberschlesiens sind derart, daß ein plumper Schnitt in dieses Wirtschaftsnetz alle Fäden zerreißen würde und schon allein die Katastrophe der oberschlesischen Industrie bringen könnte. Man braucht nicht einmal nach wirtschaftspolitischen Argumenten zu suchen, sondern die rein technische Seite der Frage gibt schon den besten Beweis für die Unteilbarkeit des Industriebezirks. Die Wasserversorgung ist ebenso einheitlich wie die Lichtversorgung für das ganze Industrierevier geschaffen. Die Verkehrseinrichtungen, die, wie in jedem Industriegebiet, vielfältig miteinander verwoben sind, lassen ebenfalls eine Teilung unmöglich erscheinen. Die Kreise Pleß und Rybnik sind weiterhin unlöslich mit dem Zentralrevier verbunden. Diese Kreise können nur in Verbindung mit dem Zentralrevier die Gewähr für einen weiteren Ausbau der oberschlesischen Industrie geben. Würden diese beiden Kreise oder Teile dieser Kreise zu Polen geschlagen, so blieben außerdem auch Produktionsquellen ungenützt, und einen solchen Luxus kann sich Europa im Zeichen des Wiederaufbaus nicht leisten. Die Industriekreise der Gegenwart und Zukunft brauchen aber das landwirtschaftliche Hinterland. Das Gebiet rechts der Oder ist angewiesen auf das Gebiet links der Oder, das die Lebensmittel für das Industrierevier liefert, und das gleichzeitig auch das große Arbeiterreservoir für die Industriekreise rechts der Oder darstellt. Andererseits ist auch dieses Gebiet als Absatzgebiet für die Industrie so wichtig, daß eine weitere Beweisführung unnötig erscheint.

Es ergibt sich also die Tatsache, daß dem Problem „Oberschlesien“ durch eine reine Nationalitäten-Abstimmung nicht beizukommen ist, und es ist auch aus der Eigenart Oberschlesiens selbst zu verstehen, daß in diesem Kampf die wirtschaftlichen Gründe eine so große Rolle gespielt haben. Wäre der Kampf um Oberschlesien nur ein Nationalitätenkampf, so wie er in Kärnten durchgefochten worden ist, so läge die Sache einfach. Hier aber müssen gewisse Voraussetzungen in Beziehung zu dem Abstimmungsergebnis gebracht werden. Immer und unter allen Umständen muß die Unteilbarkeit Oberschlesiens respektiert werden. Daraus folgt, daß auch immer Deutsch- und Polnisch-Gesinnte, Deutsch- und Polnisch-Sprechende aufeinander angewiesen sind. In einem deutschen ungeteilten Oberschlesien wird das oberschlesische Problem durch eine Verständigung gelöst werden können, weil es durch eine Verständigung gelöst werden muß.

Frankreichs Ansatz zur Großmut. Wie die Wiener Allg. Ztg. hört, beabsichtigte Frankreich, sein Kontingent an oberschlesischer Kohle Oesterreich abzutreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210322-11/fragment/page=0001

Ist der Raubplan schon fertig?

Der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ in London telegraphiert seinem Blatte:

„Es scheint, daß das Schicksal Oberschlesiens, das scheinbar von der heutigen Volksabstimmung abhängt, in Wirklichkeit von ganz anderen Faktoren bestimmt ist. Ich höre, daß der Kampf um Oberschlesien sich weniger um die Wohlfahrt der Bevölkerung als um die in den oberschlesischen Kohlen- und Zinkbergwerken investierten deutschen, französischen und polnischen Interessen dreht. Nach meinen Informationen hat die Interalliierte Kommission in Berlin nachfragen lassen, wie in den einzelnen Kreisen die genauen Kohlenverhältnisse liegen. Zweck dieser Fragen ist, den Wert der einzelnen Kreise für die bergmännische Ausbeutung herauszufinden und danach zu entscheiden, welche Teile Oberschlesiens zu Polen kommen und welche bei Deutschland bleiben sollen. Das heißt mit anderen Worten: die Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens ist bereits getroffen durch ein Uebereinkommen der Alliierten über die investierten Interessen. In der Interalliierten Kommission wird ein Kampf zwischen dem französischen und englischen Standpunkt stattfinden. Frankreich verlangt, daß lediglich der nördlichste Teil der oberschlesischen Kohlenfelder zu Deutschland gehöre innerhalb einer Linie, die Gleiwitz, Beuthen, Kattowitz mit ihren sich der Erschöpfung nähernden Kohlenfeldern bei Deutschland läßt, aber das gesamte übrige Gebiet, auch den Kreis Hindenburg, mit seinen vorzüglichen Kohlengruben, Polen zuweist. Nach dem englischen Standpunkt soll Deutschland wenigstens ein Fünftel seiner Kohlenfelder an Polen abtreten, zu denen, die dieses bereits unausgebeutet in seinem eigenen kongreßpolnischen und dem alten österreichischen Gebiet besitzt. Die englische Meinung schreibt also zur Teilung der Kohlenfelder einer Grenze in der Linie Loslau-Kattowitz vor. Für den Rest Oberschlesiens mit seiner landwirtschaftlichen Nutzung interessiert man sich weniger, es sei denn aus strategischen Gründen, um eine gewaltsame Besetzung des Kohlengebietes vorzubereiten, falls es dazu kommen soll. Es scheint, daß die Polen bereits Maßnahmen in dieser Richtung getroffen haben.

Wenn sich die Mitteilungen des „Daily Herald“ bestätigen, so würde das selbst einer sehr weitherzigen Auslegung des Friedensvertrages nicht entsprechen, tatsächlich aber der Voraussetzung der Volksabstimmung ins Gesicht schlagen. Wir können infolgedessen nicht annehmen, daß sich ernsthafte englische oder sonstige alliierte Politiker mit diesem Gedanken befreunden sollten. Man redet zwar davon, daß die Bemerkung Dr. Simons, die Voraussetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit wäre das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland, eine unerfüllbare Bedingung darstelle. Aber man wird sich in diesen sonst doch sehr kühl rechnenden Kreisen selbst sagen müssen, daß ein Deutschland, wenn man diese für die Industrie und die Wirtschaft nicht nur des eigenen Landes unentbehrlichen Gebiete unter Beiseiteschiebung der Volksabstimmung wegnehmen würde, in seiner Zahlungsfähigkeit sehr wesentlich beschränkt bliebe. Aus diesen sehr nüchternen Erwägungen heraus vermögen wir nicht daran zu glauben, daß die Mitteilungen des „Daily Herald“ wirklich den Anschauungen der englischen und französischen Staatslenker entsprächen.

Die französischen Gewerkschaften und der Wiederaufbau.

Paris, 22. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) einberufene Konferenz von Vertretern der Bevölkerung und der Behörden aus den verwüsteten Gebieten ist gestern zusammengetreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Gewerkschaftssekretär Laurent. Der Bürgermeister von Lens, Abgeordneter Basly, führte den Vorsitz. Er erklärte einleitend, die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung mit den bisherigen Maßnahmen der französischen Regierung sei groß. — Als erster Referent sprach das Mitglied des Wirtschaftsrates der C. G. T. Agache. Er berichtete über die Untersuchungen des Wirtschaftsrates, die auf eine starke Kritik der verschiedenen Schädengesetze und ihrer Anwendung, der Hilflosigkeit, die man die einzelnen Beschädigten überlasse, hinauslaufen. Man müsse Arbeitsplätze, Material und Geld von denjenigen Ländern verlangen, die sie besitzen und dabei auf den beweglichen Wechselkurs Rücksicht nehmen. Man solle mit den Unternehmern und der Arbeiterwelt den Wiederaufbau in seinem ganzen Umfang organisieren. — Als zweiter Referent sprach der Ingenieur Franc. Er trat dafür ein, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau heranzuziehen und deutsche Materialien zu beziehen. Es handele sich nicht darum, das Wiederaufbaugebiet in deutsche Kolonien umzuwandeln, noch es den Industriellen und Ingenieuren von jenseits des Rheines zu überliefern. Man müsse unter der Leitung der Genossenschaften der Geschädigten deutsche qualifizierte Arbeiter und Techniker heranziehen und sie einen französischen Plan ausführen lassen. Moralisch halte der Wirtschaftsrat diese Lösung für besonders wichtig, weil diejenigen wieder aufbauen müßten, die zerstört hätten. In der gestrigen Nachmittagssitzung hat die Diskussion über die beiden Referate begonnen.

Russische Kostbarkeiten nach Italien.

Rom, 21. März. Heute nachmittag wurden durch die Grenzbehörden von den 27 verschlossenen, der russischen Handelsmission gehörenden Kolli 12 Kolli geöffnet. Man fand eine große Menge Perlen, Brillanten, Diademe, Gold, Perserteppiche und Silbermedaillen. Das Gefundene stellt einen sehr hohen Wert dar. Die Untersuchung wird morgen fortgesetzt.

Chamberlain an Stelle Bonar Laws.

London, 22. März. In der gestrigen Sitzung der unionistischen Parlamentsmitglieder im Carlton Club wurde Chamberlain einstimmig zum Führer der unionistischen Partei im Unterhause anstelle des zurückgetretenen Bonar Law gewählt.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung, Sonnabend, den 19. März, nachts 10¾ Uhr.

Eingegangen ist der Entwurf des Gesetzes über die Verteilung des Gewinnes der Reichsbank. — Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages.

Abg. **Graf Westarp** (Dn.): Wir lehnen gerade aus außenpolitischen Gesichtspunkten den Gesetzentwurf ab. Wir befürchten auch von der Handhabung des Gesetzes schwere innerpolitische Störungen, für die wir die Verantwortung nicht übernehmen können.

Abg. **Hamm** (Dem.) protestiert gegen die Beschimpfung der bayrischen Einwohnerwehren. Wir wollen den Friedensvertrag erfüllen, aber auch nicht darüber hinausgehen.

Abg. **Dr. Rosenfeld** (U. Soz.): Wir lehnen das Gesetz ab, da es nicht eine Erfüllung des Friedensvertrages ist, sondern ein Gesetz zu seiner Sabotierung. Es ist eine Komödie und ein Täuschungsversuch. (Widerspruch.) Wird doch die Durchführung des Gesetzes in Bayern in die Hand des Herrn von Kahr gelegt! Die bayrische Regierung hat eine Fülle von Verbrechen auf sich geladen. (Lärm.) Die Mehrheitssozialisten haben dem Gesetz zugestimmt, ohne die geringsten Garantien. (Widerspruch bei den Sozialdemokratien.) Der Abg. Müller irrt, wenn er meint, daß die Einwohnerwehren unter das Gesetz fallen. Die Mehrheitssozialisten tragen die Hauptverantwortung für das ungenügende Gesetz und für die eventuelle Verschärfung der Sanktionen. (Lärm.) Im Interesse des gesamten deutschen Volkes (Gelächter) stimmen wir als Arbeitervertreter gegen das Gesetz.

Präsident **Loebe** erteilt dem Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) wegen des Angriffs auf die bayrische Regierung einen Ordnungsruf.

Minister des Aeußern **Dr. Simons**: Der Abg. Graf Westarp hat diesen Gesetzentwurf als eine Verbeugung vor der Entente bezeichnet. Wenn von einer Verbeugung gesprochen werden kann, so nur von einer Verbeugung vor der deutschen Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag. Wir sind jetzt gegenüber den Sanktionen unserer Gegner in einer sehr guten Lage, weil wir das Recht auf unserer Seite haben. Würden wir das Gesetz nicht machen, so würden wir unsere gute Rechtslage verscherzen. Der Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat behauptet, das Gesetz sei ein Possenspiel zur Täuschung der Entente. Wenn er das festgestellt hat, so hat er es nicht vor dem deutschen Volke getan, sondern vor dem gegnerischen Auslande.

Abg. **Müller-Franken** (Soz): Dieses Gesetz ist ein genügendes Rahmengesetz, unter das auch die Einwohnerwehren fallen. Wir sind durchaus nicht umgefallen. Der Abg. Rosenfeld hat derartige Umfälle schon oft bei uns konstatiert. Sie sind uns aber sehr gut bekommen. Die Wähler sind zu uns umgefallen. (Heiterkeit.)

Abg. **Thomas** (Komm.): Graf Westarp hat die bolschewistische Gefahr an die Wand gemalt. Die Gefahr droht nicht vom Osten, sondern vom konterrevolutionären Süden. Das Gesetz, ein Manöver zur Täuschung der Entente, lehnen wir ab. Die Entente stellt bewußt das Reich fortwährend in Gegensatz zu Bayern, um Konflikte zu schaffen. An dem Tage, wo Bayern sich unter den Fittichen der französischen Republik wohler fühlt als bei dem sozialdemokratisch verseuchten Preußen, wird man sehen, wie wenig an dem ganzen Gerede von der bayrischen Reichstreue dran war.

Abg. **Dr. Rosenfeld** (U. Soz.): Wenn es den Sozialdemokraten mit ihrer Stellungnahme gegen die Einwohnerwehren ernst wäre, so hätten sie für unsere Anträge stimmen müssen. Wir als die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft (großer Lärm und Gelächter rechts) lehnen das Gesetz ab. — Das Gesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Nach einer Debatte zwischen den Abgg. Düwell (Komm.) und Dr. Herz (U. Soz.), die, wie Präsident Loebe feststellt, nicht in die dritte Lesung hineingehörte, wurde das Gesetz in der Gesamtabstimmung angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes über die Unfallversicherung.

Abg. **Bertz** (Komm.) spricht sich gegen das Gesetz aus, weil es nicht weitgehend genug ist.

Reichsarbeitsminister **Brauns**: Die Reichsregierung kann dem Beschlusse der zweiten Lesung (Festsetzung auf 12 000 Mark) im Hinblick auf die gesamten Folgen für die Sozialpolitik nicht beitreten. Ebensowenig kann die Regierung den Beschluß im Reichsrat empfehlen.

Die Abgg. **Molkenbuhr** (Soz.), **Karsten** (U. Soz.) und **Bertz** (Komm.) wenden sich gegen die Bedenken der Regierung. — Gegen die Linke wird beschlossen, die Zahl 12 000 zu ersetzen durch 10 200. In dritter Beratung angenommen werden dann auch das Gesetz zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, das Zündwarensteuergesetz und das Gesetz über die vorläufige Zahlung zur Körperschaftssteuer. Das Gesetz zur Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine geht auf Antrag **Hoch** (Soz.) an den sozialpolitischen Ausschuß. Das Gesetz über die außerordentliche Beihilfe an die Rentner der Invalidenversicherung wird in allen Beratungen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident **Loebe** schlägt vor, dem Präsidenten zu überlassen, Datum und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß die nächste Sitzung spätestens am 20. April stattfindet. Der Präsident schließt mit der Hoffnung, daß der heutige Abstimmungstag Oberschlesien für immer mit dem Deutschen Reiche verbinde.

Schluß ¾1 Uhr nachts.

Aus dem Reichsrat.

In einer am Sonnabend auf Wunsch des Reichsfinanzministers einberufenen Sitzung stimmte der Reichsrat den Ausführungsbestimmungen des Besoldungsgesetzes zu, die noch vor Ostern in Kraft treten sollen. — Eingegangen ist eine Verordnung über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurde. Mit dem Gesetzentwurf über Verteilung des Gewinns der Reichsbank für 1920 erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Für 1920 sollen 68 Millionen an das Reich abgeführt werden. Der Betrag ist darum niedriger als in früheren Jahren, weil die Reichsbank beim Devisengeschäft erhebliche Verluste erlitten hat. Ferner soll durch das Gesetz der Reservefonds für zweifelhafte Forderungen, der im Jahre 1915 gebildet wurde und jetzt nicht mehr notwendig ist, aufgelöst werden, derart, daß 37,4 Millionen an das Reich fallen und 12,4 Millionen dem außerordentlichen Reservefonds der Reichsbank überwiesen werden. — Die Zuschläge zu den Vergütungen an Kleinbahnen für Leistungen im Postbeförderungsdienst wurden entsprechend den veränderten Geldverhältnissen erhöht. Zu derselben Zeit, als der Reichstag sich in der Vollsitzung mit der Vorlage über die neuen Postgebühren beschäftigte, befaßte sich auch der Reichsrat mit den entsprechenden Vorlagen. Ein Vertreter des Reichspostministeriums stellte das Ansinnen an den Reichsrat, schon im Voraus Stellung zu nehmen gegen einen Beschluß des Reichstages, der Post die Verpackung von Zeitungen gesetzlich aufzuerlegen. Gegen dieses Ansinnen wandte sich der bayerische Gesandte von Preger und ebenso ein Vertreter Preußens. Minister Heinze stellte fest, daß der Vorschlag des Vertreters der Postverwaltung keine Billigung im Reichsrat fände. Dabei blieb es auch, obwohl der Vertreter der Postverwaltung die Möglichkeit in Aussicht stellte, daß nunmehr die Beschlüsse über die Portoerhöhungen nicht rechtzeitig genug in Kraft treten könnten.

Kommunisten und Demokraten in einer Koalition.

Die Provinziallandtage waren bisher die reaktionärsten Einrichtungen, die es nur geben konnte. Auch jetzt noch müssen alle freiheitlichen Elemente zusammenstehen, um

---

Der Einsam.

Eine Erzählung von Ludwig Anzengruber.

(11. Fortsetzung.)

„Einsam,“ rief der Schneider-Tomerl beleidigt, „mich schickt niemand! Daß d' es weißt, ich komm' von freien Stücken, dich verwarnen und ging's nach mir, stünd' ich nit alleinig da, sondern wär'n wir Bub'n alle zur Stell' und täten dir helfen, aber die Letfeig'n hab'n kein' Kuraschi nit und bleiben lieber daheim.“

„Hab'n eh' recht, dös is mein' Sach', die ihnere nit. Was soll'n sie sich einmengen? Ich half' ja auch kein' von euch.“

„Is dalket g'nug, nur z'samm'halten hilft. Heut kommt d' Reih an dich und nachderher kommt s' an uns.“

„Ah ja, du bist der nämlich Schneider-Tomerl, von dem ich schon reden g'hört hab'! Du lebst mit einer Dirn' und die kriegt auch Kinder, ohne daß der Pfaff' sein' Seg'n dazu geb'n hat?“ Hehe! Ei ja freilich wohl, da wird er dir schon zusteig'n, der g'strenge Hochwürden, dös is g'wiß und dö andern werd'n dich fein sitzen lassen, dös is auch sicher!“

„Wohl, sie trau'n sich da nit und anderswo nit, dös weiß ich eh', aber dös möcht' ich auch wissen, warum die Geistlich'n, in deren ihr' Sach sich doch gar kein Mensch einmengt, in aller andern Leut' Sach' sich einmengen?“

„Ja, 's mag ein' wohl wundernehmen.“ Der Einsam setzte sich auf einen Steinblock und ließ den Hahn des Karabiners ein paarmal spielen, daß die Funken stoben, dann begann er die Waffe zu laden. „Aber, mein lieber Tomerl, dich bemüßt nix, daß du mit der Dirn' haust und tust du's, so tust d' es ihnen z' Fleiß, doch bei mir da kommt eins aus 'm andern, ich braucht' mich jetzt da nit auf d' Hinterfüß' z' stellen, hätt ich nit getan, was ich getan hab' und was nie g'schehn wär', wann nit um ein' von sö! — Mein' Mutter war, glaub' ich, Kleinhäuslerstochter, und wie sie sich als freiledige Dirn' in ihrer Heimat mich d'erwirtschaft' g'habt hat, ist s' nach der Stadt zog'n und hat mich dort auf d' Welt bracht. Sie wollt' sich wohl unter der Meng' verlier'n, die Stadtleut' sein auch nit braver und schlechter wie andre, nur weil ihrer so viel mehr auf ein' Fleck z'samm' hausen, so tragt sich unter sö auch häufiger zu, was einzelweis' da heraust auf 'm Land gleich ein groß' Aufseh'n macht — und mer nimmt dös gar nit hoch auf. Sie hat mich so rechtschaffen erzog'n, wie sie's verstanden hat, und wie ich soweit zu Vernunft kommen bin, daß mir aufg'fall'n is, andere Kinder reden auch von ihr'm Vatern, da hab' ich auch nach dem mein' g'fragt, hat's g'heißen, der wär' im Himmel, aber ein Bruder von ihm lebet noch, ein geistlicher Herr, der für uns zwei, für mich und mein' Mutter sorgen tät'. Ich weiß, daß ein' Reih' von Jahren allmal zu b'stimmten Zeiten Brief' mit Geld kommen sein, und jeden Tag vorm Schlafengeh'n is der hochwürdige Herr Onkel ins Gebet mit einbeschlossen word'n. No, weil mer mir ang'merkt hat, daß mir nix abgeht, ich auch 'm G'wand nach sauber g'halten war und fleißig in d'Schul g'rennt bin, gleich als sollt nix anders aus mir werden wie a Student, so hab'n sich d'Leut gegen mich gar nimmer ausgewußt, sollen s' „Du, Bub“ zu mir sagen, oder „Sö, junger Herr“. Aber wie mit einmal die Brief vom hochwürdigen Herrn Onkel seltener word'n sein und mit ihnen auch 's Geld, da hat's gleich g'heißen: „Du, Bub', du darfst deiner Mutter nit weiter zur Last fallen, du mußt in a Lehr'!“ Na und da war ein Fleischhacker, der mich gern g'sehen hat, der hat mich aufg'nommen; 's Ochsend' erschlagen war just nit mein' Freund', aber es hat sich halt so g'schickt. Paar Jahr hab' ich noch duckmausert, dann war ich mit einmal ein Kerl, so groß wie ich jetzt bin, da hab' ich mich zu mein'sgleichen g'halten, bin in d' Wirtshäuser und zu Unterhaltlichkeiten mit, oft sein wir auch an ein' Ort mit die Knecht z'samm'troffen, drunter war einer, was 'n Aufhackknecht nennen, der war gegen uns Lehrburschen, ich mag sagen, was da ein Großknecht geg'n ein' Bub'n, der Schaf' halt' oder Gäns' hüt', und hab'n wir uns viel von ihm g'fallen lassen müssen, doch dös is so herbracht, einmal aber war's, auf einer Kirchweih', ich will grad mit ein mordsaubern Mädel zum Tanz antreten, da kommt er auf mich zu, schupft mich auf d'Seit' und sagt: „Geh weg, Bankert!“ No, mich hat das sakermentisch verdrossen. 'I mehr, weil dö Saubere dabei g'standen is, und ich sag' ganz keck: Ein' selb'n gäb' ich ihm nit ab!“ Da hat er wohl denkt, mit mir wurd er gleich fertig sein, wann er mir vor all'n Leuten zuschreit, weil ich ja meiner Mutter ihr'n Nam' führet, hätt mich dö ledigerweis' geboren und kein' Vatern aufz'weisen g'habt, und ich wär' also, was er mich g'nennt hat! Aber ich hab' wider ihn geschrien, ein' Durcheinander halt, wie man tut, wenn mer sich ärgert. Wie mein Vater, der es wohl ehrlich g'meint hat, zur Unzeit verstorben sein dürft', — und wie mer's meiner Mutter wohl auch nit als Schand' hat aufrechnen können — sonst hätt g'wiß 's Vater leiblicher Bruder, mein hochwürdiger Herr Onkel, die Hand von uns ab'zog'n.“

Der Einsam stand auf, mit zitternden Händen legte er den Karabiner hinter sich auf den Stein und trat auf Tomerl zu. „Jetzt lach nit über das, was ich dir sag'. Da hat der Knecht ang'hoben, mich aufz'klär'n, was mer in der Stadt von ein' geistlichen Herrn Onkel halt', wie dös für g'wöhnlich sein eigener Bruder wär' und 's selbe Verschwägern mit saubere Weibsleut' nit unlustig fänd! Und nun hat er sein Schandmaul ausg'leert und kein Aufhör'n mehr g'wußt und dö, dö h'rumg'standen sein, die haben sich vor Lachen z'samm'buckelt und g'schrien, und daneben steh' ich, wie mer als Bub is, blitzdumm, ohne Arg und Falsch in der Seel', ohne eine Ahnung von dem säuischen Durcheinander, wie er auf der Welt vorkommt! — Mein' Mutter war in mein' Aug'n a Heilige, und der Onkel war mein hochwürdiger Wohltäter und da zwei einzigen Leut', zu denen ich aufg'schaut hab', wo ich g'meint hab', nach dö müßt' sich richten, was a braver Mensch werd'n will, dö mußt' ich jetzt heruntermachen hören, daß wohl kein Hund kein Stückl Brot von sö g'nommen hätt', und wie der Knecht kein End' findt und sie fort und fort all's nennt, nur nit heilig und hochwürdig, da hob ich 'n ein elendigen Lügner 'heißen, so er mer dö veruneht, und hab' ihm 's Maul halten g'schafft! Auf dös schlagt er mich ins G'sicht, und drauf hab' ich nix mehr g'wußt, nit, was ich red', nit, wie mer a Messer in d' Hand kommt, und nit, wonach ich damit stich.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210322-11/fragment/page=0002

darin eine Aenderung eintreten zu lassen. So ist denn zu verzeichnen, daß im brandenburgischen Provinziallandtag die Linksparteien, von den Kommunisten bis zu den Demokraten, zusammengehen. Die „Märkische Volksstimme" in Kottbus berichtet darüber:

„Die erste Tagung des neugewählten Landtages unserer Provinz am Donnerstag, den 17. März, hat eine Mehrheitsbildung gezeitigt, die von größtem politischen Interesse ist. Den Verhandlungen der Linksparteien war es gelungen, eine Wahlgemeinschaft von den Demokraten bis zu den Kommunisten herzustellen. Diese politische Konstellation wollen weder die Demokraten noch die Kommunisten als eine dauernde Koalition aufgefaßt wissen. Aber sowohl zum Ruhme der Demokraten wie der Kommunisten sei es gesagt, daß die einen genug demokratisch-republikanisches Empfinden aufbrachten, um den Lockungen von rechts zu widerstehen, und daß die anderen soviel politisches Verantwortungsgefühl zeigten, durch eine falsche politische Abstinenz nicht der Reaktion in die Hände zu arbeiten. Selbstverständlich löste die entschlossene und konsequente Haltung der Demokraten helle Wut bei der Rechten aus, da es allein den Demokraten zu danken war, daß in allen entscheidenden Punkten der Wille der Linken sich durchsetzen konnte."

Einer der ersten Beschlüsse war der, das Kaiserbild in Kürze aus dem Sitzungssaal entfernen zu lassen, den Bernhard Rausch (S. P. D.) gestellt hatte.

Der Reederei-Abfindungs-Vertrag.

Von H. Kahmann, M. d. R.

Die deutschen Gesellschaften für Ueberseo- und Binnenschiffahrt mußten in der Kriegszeit ihre Schiffe, soweit sie angefordert wurden, dem Reiche zu Kriegszwecken zur Verfügung stellen. Da mit dem Verlust eines erheblichen Teils der Schiffe gerechnet werden mußte, wurden den Reedern durch Gesetz vom 7. November 1917 Beihilfen zum Ersatzschiffbau bewilligt. Das Gesetz ist in der Annahme beschlossen worden, daß der Krieg für Deutschland einen günstigen Ausgang haben werde und daß wesentliche Veränderungen in den Produktionskosten nicht mehr eintreten. Das Gesetz sah deshalb vor, den Friedenspreis als Gestehungskosten zu gewähren und dazu einen Ueberpreis bis zu 70 Prozent.

Der Kriegsausgang aber zwang das Reich, den größten Teil seiner Handelsflotte an den Feindbund abzuliefern. Nach Ausbruch der Revolution trat eine erhebliche Steigerung der Produktionskosten ein, die bis Ende 1918 mehr als 100 Prozent betrug. Das Gesetz vom November 1917 war daher nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Werften weigerten sich, auf Grund der alten Verträge den Schiffbau weiter auszuführen und in Rücksicht darauf, daß den Werften nicht angesonnen werden konnte die angefangenen Bauten zu den alten Bedingungen weiter zu führen und die Reeder nicht über Mittel verfügten, die Mehrkosten selbst zu übernehmen, bestand die große Gefahr, daß der Schiffbau vollständig zum Erliegen kam und weder für die in Beschäftigung stehenden Werftarbeiter noch für die von der Front Zurückkehrenden Beschäftigungsmöglichkeit bestand.

Da das Reich an dem Wiederaufbau der Handelsflotte und an der Weiterbeschäftigung der an dem Schiffbau beteiligten Arbeiter und Angestellten großes Interesse hatte, mußte im Februar 1919 und Mai 1920 ein neues Abkommen getroffen werden, wonach die Werften die gesamten Mehrgestehungskosten zu Lasten des Reiches verbuchten. Der Vertrag sah allerdings vor, daß die Reedereien nach zehn Jahren mindestens 30 Prozent der Mehrkosten an das Reich zurückzahlen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß sich dieses Abkommen schon nach kurzer Zeit als unerträglich für das Reich erweisen mußte, denn nach dem Vertrage konnte es den Reedern und Werftbesitzern fast vollständig gleich sein, wie hoch der Gestehungspreis pro Tonne Schiffsraum zu stehen kam. Daher war es notwendig, den alten gesetzlichen Zustand durch Abschluß eines neuen Vertrages zu beseitigen. Das ist geschehen durch den vom Reichstag verabschiedeten Reederei-Abfindungsvertrag vom 14. März 1921.

Danach werden den Reedern insgesamt 12 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon allerdings der Betrag von 7,3 Milliarden bereits bewilligt und bis März 1921 rund 1,8 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt sind. Die Reeder übernehmen dafür die Verpflichtung, in der Zeit bis zum 10. Januar 1930, mindestens 2,5 Millionen Tragfähigkeitstonnen Schiffsraum zu erbauen und sie sind ferner verpflichtet, für den Fall, daß eine Verminderung der Produktionskosten eintritt und der bewilligte Betrag zum Wiederaufbau von mehr als der halben Verlusttonnage ausreichen sollte, von dem zuviel Erhaltenen bis zu 2 Milliarden Mark an das Reich zurückzuzahlen. Weiter sind die Reeder verpflichtet, 90 Prozent der ihnen zustehenden Summe für Neubauten und der Weiterbeschäftigung der deutschen Werften zu verwenden. Nur 10 Prozent dürfen für den Ankauf von Schiffen im Auslande verwendet werden.

Die Sozialdemokratie hat dem Vertrage, freilich nicht leichten Herzens, zugestimmt und sich bemüht, ihn so zu ändern, daß in ihm sowohl die Interessen der Arbeitnehmer der Werften wie die der Steuerzahler besser als ursprünglich vorgesehen geschützt werden.

Unsere Redner, die Genossen Schumann und Hoch, legten bei den Verhandlungen dar, daß der Industriestaat Deutschland, der jetzt noch mehr als früher große Absatzgebiete gebraucht und gewaltige Warenmengen ausführen muß, eine leistungsfähige Handelsflotte benötigt, bei der ja auch zehntausende deutscher Seeleute Arbeit und Lohn finden. Es sei aber auch ganz unmöglich, obwohl zurzeit Ueberfluß an Handelstonnage in der Welt vorhanden sei, den deutschen Schiffbau einzustellen, die Werften ganz oder zum größten Teil zu schließen und zu der halben Million Erwerbsloser noch weitere Hunderttausende hinzuzufügen.

Der Vertrag stellt daher ein Stück produktiver Erwerbslosenfürsorge dar, wie sie ähnlich ja auch beim Wohnungsbau in die Erscheinung tritt. Schließlich ist doch zu beachten, daß die Reeder nach dem Gesetz sowohl als auch nach der Verfassung ein Recht auf Entschädigung des ihr Verlust gewordenen Eigentums haben. Das Recht könnte nur beseitigt werden, wenn es mit zweidrittel Mehrheit im Reichstage beschlossen wird. Das ist jedoch von diesem Reichstage nicht zu erwarten.

Hätte der Reichstag sich nun veranlaßt gesehen, den Reedern als Entschädigung nur soviel Papiermark zu zahlen wie sie Goldmark in den Schiffen angelegt hat, dann würde es ihnen nicht einfallen, auch nur ein Schiff bauen zu lassen. Sie würden dann günstigere Zeit abwarten, um von fremdländischen Reedereien überflüssige Schiffe zu kaufen. Die Folge wäre, daß das Reich hunderttausenden Arbeitern und Angestellten die Erwerbslosenunterstützung gewähren müßte.

Das sahen auch zunächst die Unabhängigen ein, denn nachdem ihr erster Redner, Vogtherr, nur Kritik an der Höhe der Summe geübt und sich darüber beschwert hatte, daß die Entschädigungssumme abgabenfrei gewährt würde, sah sich der Unabhängige Dißmann, der als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Verhältnisse im Schiffbau übersieht, veranlaßt, in der Sitzung des Reichstages vom 7. März 1921 zu erklären:

„Daß wir eine Handelsflotte notwendig haben zur Führung der deutschen Wirtschaft, für den Export, für den Handel und Weltverkehr, wird nicht bestritten." „Wenn wir die Vorlage im Hauptausschuß zu verhandeln haben, dann ist vor allen Dingen zu prüfen, ob das, was als Entschädigung in Frage kommt, nicht das Maß des absolut notwendigen und mit Recht zu beanspruchenden übersteigt." „Wenn hier Million zu gespendet werden sollen, dann verlangen wir, daß in diesem Vertrag als Grundbedingungen geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, die Anerkennung tariflicher Bestimmungen und die Gewährung eines Existenzminimums mit aufnommen werden."

Von einer Absicht der Unabhängigen jedoch, den Vertrag durch eigene Anträge zu verbessern, merkte man in den Ausschußverhandlungen nichts. Die Unabhängigen stellten keine eigenen Verbesserungsanträge, sondern stimmten den von uns gestellten Anträgen zu.

Freilich nimmt auch der Unsinn nicht Wunder — nach ihrem Verhalten gegenüber anderen Gesetzen — daß die Unabhängigen bei der zweiten Beratung durch den Abgeordneten Henke erklären ließen, daß sie garnicht die Absicht haben, den Vertrag zu ändern, und daß sie ihn grundsätzlich ablehnen.

Selbstverständlich lehnten auch die Vereinigten Kommunisten den Vertrag ab, da sie in den bewilligten Milliarden nichts weiter als ein Geschenk an die Werftbesitzer sahen.

Wenn der Vertrag, nachdem die Unabhängigen und Kommunisten die Verabschiedung durch Angweiflung der Beschlußfähigkeit des Reichstages zu hintertreiben versuchten, trotzdem in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 58 Stimmen angenommen wurde und die Werften weiter arbeiten können, dann geschieht das entgegen der Politik der „grundsatzfesten" Revolutionäre. Denn daß eine Sozialisierung der Werften durch die drei Linksparteien heute nicht erreicht werden kann, muß auch den Unabhängigen und Kommunisten klar sein, und klar muß ihnen auch sein, daß sozialisierte Werften den Neuaufbau der Handelsflotte jetzt nur unter noch größeren Aufwendungen durchführen könnten, denn dann müßten ja zugleich Entschädigungen für die Schiffe und für die Enteignung der Werften gezahlt werden.

Unseren Bemühungen gelang es, zu erreichen, daß die nähere Vereinbarung über den Abfindungsvertrag dem Haushaltausschuß des Reichstages zur Kenntnisnahme übergeben werden muß und daß diesem das Recht der Ablehnung eingeräumt ist. Außerdem ist es unserm Bemühen gelungen, festzulegen, daß die Bestimmung des Gesetzes vom Jahre 1917, wonach durch Reichsgesetz vorbehalten bleibt, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind, auf diesen Vertrag ebenfalls Anwendung findet.

Gegen die Sanktionen.

Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale, der zurzeit in London tagt, beschloß die Berufung einer Sonderversammlung des Vollzugsausschusses und der Vertreter der parlamentarischen Parteien und der Industrie der in Frage kommenden Länder. Diese Versammlung soll vom 31. März bis 3. April in Amsterdam tagen und die Frage der Zwangsmaßnahmen und der Reparationen beraten. Sie wird außerdem Vorschläge machen, über die sich alle Parteien verständigen werden.

Labour Party gegen Strafzoll.

Bei der dritten Lesung der Reparationsbill beantragte Clynes die Verwerfung der Bill aus den Gründen, weil sie eine nicht übliche Politik der Alliierten darstelle, weil sie dem britischen Handel schaden und die Arbeitslosigkeit vermehren würde, und weil keine genügenden Anstrengungen gemacht seien, um eine Beilegung durch Uebereinkommen zu sichern.

Lord Robert Cecil erklärte, er sei ebenfalls der Ansicht, daß zahlreiche ernste Einwände gegen die Vorlage bestanden. Wenn sie aber hauptsächlich deshalb eingebracht wäre, um die Reparationen von Deutschland zu erhalten, so würde er es sehr schwer finden, nicht dagegen zu stimmen. Mit Bezug auf die Gesetzlichkeit der Anwendung der Zwangsmaßnahmen erklärte Lord Robert Cecil, soweit er die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten verstehe, wolle dieser die Zwangsmaßnahme nicht nur zum Zwecke der Eintreibung der Reparationen, sondern auch zur Erzwingung anderer Teile des Vertrages von Versailles anwenden. Er lagte, es wäre berechtigt, daß die deutsche Regierung an den Völkerbund wegen der Ungesetzlichkeit der Aktion der Alliierten appellierte. Die Deutschen bestritten nicht ihre Verpflichtung, zu bezahlen, sondern nur den Betrag, den sie bezahlen könnten. Dies sei eine reine Tatsachenfrage. Warum soll sie nicht irgendeinem vom Völkerbunde einzusetzenden Gerichtshof überwiesen werden? Unter Bezugnahme auf die Gesahr, daß der Appell zum Zweck der Verzögerung benutzt werden könnte, erklärte Cecil, er denke, es müsse Bedingung des Appells sein, daß Deutschland auf jeden Fall die Annuitäten, zu denen es sich unter gewissen Bedingungen für fünf Jahre bereit erklärt, entrichten müsse.

Generalstaatsanwalt Howart erklärte, nichts wäre in bezug auf die allgemeine Lage verkehrter, als anzunehmen, daß die Verhandlungen beendet seien. Die Regierung sei bereit und gewillt, die Verhandlungen fortzusetzen, falls jetzt oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkte Deutschland ein vernünftiges Angebot machen wolle. Die Vorschläge, die von den Vertretern Deutschlands auf der Londoner Konferenz gemacht worden seien, liefen auf die Erklärung hinaus, daß sie nicht die Absicht hätten, den Friedensvertrag in der vitalen Frage der Reparationen auszuführen. Er gebe diese Erklärung im vollen Bewußtsein ihres Ernstes ab. Die Pariser Vorschläge der Alliierten seien nicht eine Verschärfung des Vertrages, sondern eine Milderung seiner Strenge. Sie stellten eine Herabsetzung um 30 Prozent dessen vor.

Minister Chamberlain erklärte, bisher sei auf die Anfrage bei den alliierten Mächten, ob sie gewillt seien, ähnliche Gesetzgebungen einzuführen, nur von Portugal eine bejahende Antwort eingegangen (Frankreich hat das Gesetz schon gemacht, Belgien ist dabei. Red.) Chamberlain sagte, es hänge von Deutschland ab, ob die Bill als Strafmaßnahme oder als ein Mittel zum Einsammeln der Reparationen werden soll. Seiner Ansicht nach sei es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Bill bald in der zweiten Hinsicht wirken werde. Er habe von gut unterrichteter Seite eine Andeutung erhalten, daß nach Ansicht von Männern, die an den geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sehr interessiert seien, dies nicht unwahrscheinlich sei.

Darauf wurde die Bill in dritter Lesung mit 132 gegen 103 Stimmen angenommen.

Parteinachrichten.

„Mai-Zeitung 1921".

Während im Vorjahre der Kapp-Putsch die rechtzeitige Herstellung der geplant gewesenen Maifestschrift verhinderte, so daß notgedrungen die Mainummer von „Volk und Zeit" zum Ersatz herangezogen werden mußte, läßt der Parteivorstand in diesem Jahr wieder eine eigene Maizeitung für die Partei bei der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin, SW. 68, erscheinen. Bei einem Umfang von 16 Seiten und in Tiefdruck auf gutem Papier hergestellt, wird sie sich sowohl textlich als auch durch ihren reichen künstlerischen Bilderschmuck den besten früheren Festschriften zum Weltfeiertag würdig anschließen. Den Maigedanken feiern eine Reihe rückschauender und zielweisender Beiträge namenhafter Genossen. Im besonderen findet der 1. Mai in seiner Beziehung zu den Frauen eine ausführliche Behandlung, ferner auch die sich aus ihm für unsere arbeitende Jugend ergebenden Forderungen und Ziele, worüber Gen. E. R. Müller-Magdeburg schreibt. Die Maizeitung gibt in Wort und Bild Zeugnis von dem schweren körperlichen und geistigen Schaffen unseres Volkes und steht naturgemäß unter dem Zeichen der für Deutschland so hart verlaufenen Londoner Konferenz. Denn letzten Endes werden die unmenschlichen Forderungen, welche die Entente uns aufzuzwingen trachtet, Fessel und Kette für die deutsche Arbeiterschaft sein. Mit laut vernehmlicher Stimme appelliert daher die diesjährige Maizeitung an die Solidarität der Arbeiterschaft in den Ententeländern. Nicht nur Deutschlands Zukunft ist in Gefahr, sondern der internationale Maigedanke überhaupt. Niemals tat es mehr not, den alten Kampf- und Befreiungsruf „Proletarier aller Länder vereinigt euch" dringlicher in die Welt hinauszujubeln, als jetzt. Daß er seine Wirkung nicht verfehle, dafür muß die klassenbewußte Arbeiterschaft durch eine massenhafte Verbreitung der „Maizeitung" selber sorgen, die ob ihres reichen Inhalts und ansprechenden Aeußeren, überall guter Aufnahme sicher ist.

Jeder, auch der kleinste Ortsverein, wende sich daher wegen des Bezuges einer größeren Anzahl sofort an sein zuständiges Sekretariat, oder direkt an die Buchhandlung „Volksstimme", Gr. Ulrichstraße 27.

Ernst Grenz gestorben.

Im Alter von 66 Jahren ist im Dresdener Stadtkrankenhause nach kurzem, schwerem Krankenlager der frühere Reichstagsabgeordnete und jetzige sächsische Landtagsabgeordnete Genosse Ernst Grenz aus Leipzig gestorben. Er hat von 1903 bis 1907, von 1912 bis zur Revolution dem Reichstag als Vertreter des Wahlkreises Annaburg angehört und war seit Februar 1919 Abgeordneter in der sächsischen Volkskammer und jetzt im sächsischen Landtage. In der Partei, der er seit 1876 angehörte, hat er als Organisator und Agitator Hervorragendes geleistet. Zehn Jahre gehörte er dem Bezirksvorstand in Leipzig an. Er war gelernter Former und als solcher viele Jahre Vertrauensmann der Former Deutschlands.

Notizen.

Geheimkonferenz der U. S. P. D. Im Reichstagsgebäude begann am letzten Sonntag die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die bis zum Dienstag tagen wird. Die Reichskonferenz, die hinter verschlossenen Türen tagte, war von etwa 200 Personen besucht. Als Vorsitzende wurden Crispien und Ledebour gewählt. Und sie zählten die Häupter ihrer Lieben . . . .

Nur französisches Geld im Saargebiete. Die Regierungskommission des Saargebietes erläßt eine Verordnung, wonach sie in ihrer Sitzung vom 16. März beschlossen hat, vom 1. Mai 1921 ab sämtliche Einnahmen, gleichviel welcher Art, der Eisenbahn sowie der Post- und Telegraphenverwaltung in Franken zu erheben, ferner das Personal dieser Verwaltungszweige zu besolden bezw. zu entlohnen.

Aus aller Welt.

Großer Raubüberfall.

Das Berliner Postamt 54 wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag überfallen. Es wurden 1300000 Mark Postgelder geraubt. Auf die Ergreifung der Täter wurde eine Belohnung von 20 000 Mark ausgesetzt.

Berlin. Fliegerunglück. Auf dem Flugplatz Johannisthal verunglückte gestern der Entfesselungskünstler Rolando, als er auf der Tragfläche eines Flugzeuges vor Vertretern der Presse Akrobatenkunststücke vollführen wollte. Das Flugzeug rutschte in einer Kurve ab und stürzte außerhalb des Flugplatzes nieder. Während der Flugzeugführer Hauptmann v. Benthheim unverletzt blieb, geriet der Künstler unter die eine Tragfläche und wurde lebensgefährlich gequetscht.

Oslawan (Mähren). Grubenexplosion. Gestern nachmittag erfolgte auf der Grube „Kukla" in Oslawan eine Explosion schlagender Wetter, wobei 14 Bergleute ums Leben kamen. Die Rettungsarbeiten wurden sofort eingeleitet. 11 Verletzte brachte man ins Krankenhaus. In der Grube befinden sich noch 10 Bergleute, zu denen bis 11 Uhr abends die Rettungsmannschaften nicht gelangen konnten. Die Arbeiten wurden auf der Grube durch die Explosion nicht unterbrochen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

Freude in Oesterreich.

Salzburg, 22. März. Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien rief in allen Bevölkerungskreisen lebhafte Freude und Genugtuung hervor. Die Regierungsgebäude und zahlreiche Häuser zeigen Flaggenschmuck.

Die Glücks ollekte Rich. Meyer,

Hier, Obere Leipzigerstraße 46,

bittet hierdurch das Lotterie spielende Publikum Lotterie-Lose und Gewinnlisten meiner Beachtung zu schenken. Der **Hauptgewinn von 20 000 Mark** der Mauseum-Geld-Lotterie, welche am 10. und 11. d. Mts in Eisenach gezogen wurde, fiel auf **Nr. 69 169** in **meiner Kollekte** und ist bis jetzt **noch nicht abgeholt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210322-11/fragment/page=0003

Die englische Presse über die Abstimmung.

London, 22. März. Alle Abendblätter heben den großen deutschen Sieg in Oberschlesien hervor. Star bezeichnet das Ergebnis als einen sehr ernsten Schlag für Polen. Der unmögliche französische Traum von der Niederhaltung Deutschlands sei jetzt ausgeträumt. Das Ergebnis der Abstimmung sei ein Schlag für die Politik Frankreichs, Polen zu einer Bedrohung Deutschlands machen zu wollen.

Die ersten Schritte zur Aufnahme der russisch-englischen Handelsbeziehungen.

London, 22. März. Laut Westminster Gazette hat das Mitglied der russischen Handelsdelegation, Karrach, gestern mit dem Bürgermeister von Cardiff und Vertretern der Cardiffer Handelswelt die Frage der Eröffnung von Handelsbeziehungen zwischen Cardiff und den Republiken von Rußland, Polen, Finnland, Litauen und Lettland, insbesondere mit Bezug auf Kohlenversorgung und Schiffsbedingungen besprochen.

Keine Anerkennung der Sowjetregierung auf Grund des russisch-englischen Handelsabkommens.

London, 22. März. Im Unterhause wurde von Seiten der Regierung auf diesbezügliche Fragen erklärt: Im englisch-russischen Handelsabkommen ist nichts enthalten, was einen britischen Untertan verhindern könnte, ein gerichtliches Verfahren anhängig zu machen, um den Rechten britischer Untertanen Geltung zu verschaffen, wo die englische Gerichtsbarkeit Gewalt habe. Die Anerkennung der Sowjetregierung ergebe sich nicht durch das Handelsabkommen. Die britischen Kaufleute, die unter dem Handelsabkommen mit Rußland Handel trieben, hätten allein die Verantwortung für den Ausgang ihrer Unternehmungen in Rußland. Die britische Regierung habe das Recht, eine offizielle Kommission nach Rußland zu entsenden, um das Abkommen zu erleichtern und durchzuführen sowie um die Interessen der britischen Unterlagen zu schützen.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellig., gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Merseburg. Am 25. 3. 1921 (Karfreitag) findet seitens des Gewerkschaftskartells eine Feier zur Einweihung eines Findlings als Gedenkstein für die Märzgefallenen statt. Wir bringen dieses hiermit den gewerkschaftlich organisierten Genossen zur Kenntnis.
Der Vorstand.

Merseburg. Alle Sangesgenossen treffen sich **Mittwoch**, den 23. 3. abends 8 Uhr, in den „3 Schwänen".
Der Vorstand.

Delitzsch. **Mittwoch**, den 23. März, abends 8 Uhr, im „Bismarck" (Kleines Zimmer) **Funktionärsitzung.** Das Erscheinen aller Funktionäre ist in Anbetracht der wichtigen Verhandlungsgegenstände erforderlich.
Der Vorstand.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Häc; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Lebensmittel-Kalender.

Petroleumpreise. Das Reichswirtschaftsministerium hat für die Zeit vom 16. März 1921 ab bis auf weiteres, mindestens aber bis zum 30. April 1921, folgende Petroleumpreise festgesetzt. Es beträgt: 1. der Literpreis bei Lieferung aus Straßenwagen frei Haus des Kleinhändlers 5,80 Mk., 2. der Literverkaufspreis ab Laden des Kleinhändlers (Verbraucherpreis) 6,50 Mk.

Weizengrieß. Auf die Marke Nr. 1 der Sonderkarte für alte Leute und Jugendliche gelangt vom 23. bis 31. März 1921 in den durch Plakate kenntlichen Geschäften ½ Pfund Weizengrieß zum Preise von 95 Pfg. zur Abgabe.

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Für die Wahl des Betriebsrats, des Arbeiterrats und des Angestelltenrats für den Magistrat ist von jeder Arbeitnehmergruppe nur je eine gültige Vorschlagsliste eingereicht worden. Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 der Wahlordnung gelten daher als gewählt:

Als Betriebsratsmitglieder

und zwar als Arbeitermitglieder

1. Hauer, Gustav Weißenfels,
2. Degen, Reinhold "
3. Madel, Otto "
4. Philipp, Paul "
5. Schönefeld, Hermann, "
6. Hartung, Artur "

als Angestelltenmitglieder:

1. Oehler, Karl Weißenfels,
2. Wahren, Emil "

als Ergänzungsmitglieder:

für den Arbeiterrat
Vollrath, Friedrich, hier,
Vogel, Emil "

für den Angestelltenrat:
Drechsler, Bruno hier,
Eichholz, Alfred "
Bach, Willy "

Die Arbeitermitglieder des Betriebsrats bilden mit den Ergänzungsmitgliedern für den Arbeiterrat den Arbeiterrat.

Die Angestelltenmitglieder des Betriebsrats bilden mit den Ergänzungsmitgliedern für den Angestelltenrat den Angestelltenrat.

Als Ersatzmitglieder für die Mitglieder treten die auf der Vorschlagsliste jeweilig folgenden Bewerber ein.

Weißenfels, den 21. März 1921.

Der Wahlvorstand:

I. Vorsitzender: gez. Gerecke. — I. u. II. Beisitzer gez. Philipp, " Richter.

Bekanntmachung.

Ausgabe von Zuckermarken für Gewerbebetriebe.

Die Zuckermarken für den Monat April 1921 werden an Gastwirtschaften, Konditoreien und Apotheken gegen Vorlegung des Brotscheines des Betriebsinhabers am **Donnerstag, den 24. d. Mts.,** in der Markenausgabestelle, Klosterstraße 8, von 8—1 Uhr verabfolgt.

Auf pünktliche Abholung der Marken wird ganz besonders hingewiesen. Zu dem festgesetzten Termine nicht abgeholte Marken sind verfallen.

Weißenfels, den 22. März 1921.

Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Feuermelde- und Alarmanlage.

Die seit längerer Zeit der Benutzung entzogene öffentliche Feuermelde- und Alarmanlage wird vom 1. April d. J. ab wieder in Betrieb gesetzt.

Durch die Inbetriebsetzung der Anlage muß vermieden werden, daß die Freiwillige Feuerwehr, die sich selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit stellt, böswillig alarmiert wird. Es heißt diesen Opfersinn seiner Mitbürger schlecht lohnen, wenn es jemand unternimmt, aus Bosheit und Uebermut die Zeit und Arbeit seiner Mitmenschen ohne jede Veranlassung in Anspruch zu nehmen. Die Einwohnerschaft der Stadt bitten wir um Unterstützung bei mißbräuchlicher Benutzung der Feueralarmanlage.

Jeder, der dazu beiträgt, einen der Täter durch Anzeige zu ermitteln, macht sich um die Stadt und seine Mitbürger verdient und erhält eine **Belohnung von 50.— Mark.**

Der Täter hat gerichtliche Bestrafung wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs zu erwarten. (§§ 304, 360[11] Reichsstrafgesetzbuchs).

Weißenfels, den 12. März 1921.

Der Magistrat.

Einreichung der Rechnungen für städtische Lieferungen und Leistungen.

Geschäftsleute und Handwerker, welche im Rechnungsjahre 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) Waren geliefert oder Arbeiten ausgeführt und ihre Rechnungen noch nicht eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben unter Beifügung der Bestellzettel usw. möglichst umgehend, spätestens aber bis 10. April ds. Js. bei den zuständigen Dienststellen einzureichen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Forderungsberechtigte, die diese Frist nicht einhalten und hierdurch den Rechnungsabschluß in unnötiger Weise erschweren zu gewärtigen haben, daß sie künftig bei Bestellungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Weißenfels, den 15. März 1921.

Der Magistrat.

Kaufgesuche

Ankauf von
Juwelen, Gold- u. Silberbruch
H. Lerner,
Gr. Steinstrasse 85.
Uhren-Reparatur-Werkstatt. Tel. 2191.

Für den
Osterbedarf
empfehle ich mein reichhaltiges Lager in
Damenkonfektion,
Mäntel, Blusen und Kleider,
Damen- u. Kinderwäsche,
Taghemden, Beinkleider, Untertaillen, Stickereiröcke und Prinzeßröcke, Nachthemden und Nachtjacken.
Keine Personalspesen! Niedrigste Preisberechnung!
Otto Wirth, Merseburg, Am Neumarktstor I.

Stadt-Theater
Mittwoch, d. 23. März, Anfg. 7½, Ende 9¾ Uhr:
Drum prüfe, wer sich ewig bindet
(Don Pasquale)
Operette von Donizetti
Donnerstag:
Die Walküre
von Richard Wagner

Restaurant
„Hohenzollern" Merseburg

Mittwoch
Schlachtefest

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Gr. Ulrichstr. 51. — C-T — Telephon 4681.
Nur noch bis Donnerstag!
Friedrich Zelnik und Fritz Schulz
die beiden sympathischsten Darsteller und Lieblinge der Hallenser feiern täglich Triumphe
in dem spannenden Abenteurerfilm
Monte Carlo
5 Akte von fabelhafter Spannung.
Hierzu **2 Lustspiele**
Karlchens erster Brautbesuch.
(2 Akte) sowie:
Möblierte Wohnung zu vermieten
(2 Akte)
Beginn pr. 4.00 6.05 und 8.15
Bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Bitte ausschneiden!
ff. Herren-Moden
spez. Kunststopferei. Umarbeitung
Wenden, Reparaturen u. Aufbügeln
wird sachgemäss ausgeführt.
F. R. Ludwig, Krausenstr. 24.
Fernruf 3296.
Bitte ausschneiden!

Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- u. Staatstheorie
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei vornehme, starke Halbleinenbände
Eine auf die neueste Forschung gegründete großzügige marxistische Soziologie, wie sie bisher in der Literatur gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes in Halbleinen gebunden M. 42,50 und Sortimentszuschlag
Bestellschein
Ich bestelle hiermit .... Exempl.
Cunow: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie / 2 Halbleinenbände / Preis für den 1. Band M. 42,50 + 20%
.... (Unterschrift)
.... (Adresse)
Diesen Bestellschein bitten wir auszuschneiden und ausgefüllt sowie unterschrieben im Drucksache-Kuvert einzusenden an:
Buchhandlung d. Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Ostern
wird viele Damen zum Einkauf eines
eleganten Hutes
veranlassen. Reichhaltige Auswahl zu **Fabrikpreisen** bei
Franz Zenk,
Stroh- und Filzhut-Fabrik,
Kleiner Berlin 1—2, Leipziger Strasse (Ecke Poststrasse 1), : Merseburger Strasse 161 :
Gegründet 1910.

Jeder kauft preiswert!

Reis Ia	.. 1 Pfd.	3,00	2,80	2,50	2,20
Bohnen, weiße Ia	1 Pfd.	2,50	2,30	1,40	
Viktoria-Erbsen Ia	.. 1 Pfd.	2,00	1,80		
Grüne Erbsen Ia	.... 1 Pfd.	1,90			
Weißer Grieß Ia	.... 1 "	2,80			
Margarine, allerfeinste,	1 Pfd.	10,00	9,60		
Kunsthonig Ia	..... 1 Pfd.	4,40			
Pflaumen, allerfeinste	.. 1 "	5,00			
Hafermehl in Paketen, bestes	½ Pfd.	1,65			
Haferflocken, beste	..... 1 Pfd.	2,80			
Seife Ia Qualität	... Doppelstück	3,20			
Linsen Ia	.... 1 Pfd.	4,80	4,50		

Kaffee — Kakao — Gewürze
Otto Bornschein, G. m. b. H.,
Halle a. S., Mittelstraße 21.

Bei krankh. Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke,** Geiststr. 15; **Sanitas-Depot,** Leipzigerstr. 11; **E. Kertzscher,** Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **E. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 41. ... **Waltsgott Nachf.** Gr. Ulrichstraße 30. **Albert Schumann,** Steinweg 46/47. **Fritz Speer,** Große Ulrichstraße 63.

Jeder Bezieher des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Flatow braucht auch den soeben erschienenen
Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber
Betriebsabbrüchen und Stillegungen
nebst der Ausführungsanweisung
Unentbehrlich
für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden, Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 1,50 Mark und 20% Teuerungszuschlag
Buchhdlg. der Volksstimme.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Vermischtes

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radium alt. Schmiedeb. Moor- u. medizinischen Bäder

Freih. v. Friesen'sche Gartendirektion, Rötha
Spezialverkauf:
Halle (S.), Steinweg 11
Fruchtweine, Fruchtsäfte, Marmeladen Früchte

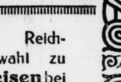
Wringmaschinen
repariert und setzt neue Walzen ein
Otto Sparmann, neben Walhalla. Fernspr. 6504.

Kernseifen Feinseifen
nur beste Qualitäten
Billigste Bezugsquelle für den Handel.
P. H. Schulz,
Pfälzerstraße 19.
Fernruf 2024.

Schlafzimmer Küchen Herren-, Speisezimmer und einzelne Möbel.
H. Bergmann,
Inh. R. Ebeling,
Möbelfabrik,
Halle, Fleischerstraße 30/31.
Tel. 2382.

Dauerhafte
Brieftaschen
in prima Leder und allen Preislagen sehr preiswert.
H. Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstr. 19

Markisenstoffe
Max Albert,
Prinzenstr. 18. Tel 6179.



Massiv goldene
Verlobungsringe
in denkbar größter Auswahl, das Stück 40—400 Mark.
Juwelier Tittels Trauringecke, Schmeerstr. 12.

Ia. Schweineschmalz
garant. rein. amerik. a Pfd. M. 12⁰⁰
feinste Tafel-Margarine
a Pfd. M. 9⁰⁰ und 10⁰⁰
ffte. Pflanzenbutter-Margarine Eigell
a Pfd M. 12⁰⁰ und 13⁰⁰
amerik. Weizenmehl markenfrei .... a Pfd. M. 5.0
blauer Mohn .... a Pfd. M. 7.0
Hartgries .... a Pfd. M. 3.5
Kunsthonig .... 1 Pfd.-Paket M. 4.
Emil Wolff, Merseburg, Roßmar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210322-11/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße, ein Brettspielabend statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 22. März 1921.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Nachbewilligungen und kein Ende. — Ein Unglückstag für die Kommunisten.

In der vorletzten Sitzung wurde mit den Stimmen der Linksparteien beschlossen, den Bau von Kleinwohnungen in städtischer Regie ausführen zu lassen. Gestern ließ dazu der Magistrat erklären, daß er dem Beschlusse seine Zustimmung versagen müsse. Nach den Bestimmungen der alten Städteordnung wäre damit die Sache erledigt. Es wird Zeit, daß diese bald in den Orkus verschwindet. . . . An sonsten waren das A und O der gestrigen Verhandlungen „Nachbewilligungen". Es langt nirgends mehr zu. Einigermaßen sichere Berechnungen lassen sich bei Aufstellung von Projekten überhaupt nicht machen und so kehrt immer wieder in den Vorlagen der Satz ein: „Trotz größter Sparsamkeit . . ." Die einzige herzerfrischende Tat die gestern geschah, war die Rede des . . . Kommunisten Kilian. In seiner Eigenschaft als Dezernent des Schlacht- und Viehhofes verteidigte er seinen Stadtverordnetengenossen gegenüber die Gebührenerhöhung für die Freibank und für den Schlacht- und Viehhof in so geschickter Weise, wie es kaum besser von anderen Seiten hätte getan werden können. Er erteilte damit zugleich den Herren Bowitzki und Genossen eine gehörige Lektion. Ja, ja, Herr Kilian, wenn man ein Amt hat, sieht man die Dinge auf einmal in einem ganz anderen Lichte und . . . fühlt Verantwortung. Es muß überhaupt gesagt werden, daß die Kommunisten gestern einen schwarzen Tag hatten und andauernd daneben hauten. So auch bei dem Tagesordnungspunkt: Kündigung des Mietvertrages der Stadt mit der Firma Lewin im Stadthaus. Von bürgerlicher Seite kam dazu der Antrag, diesen Punkt geheim zu verhandeln. Die Kommunisten wollten durchaus öffentlich über den Antrag abstimmen, wurden aber dann von ihren Genossen Kilian überzeugt, daß über einen Antrag auf geheime Beratung nach der Geschäftsordnung auch nur geheim abgestimmt werden kann. Also auch hier Herr Stadtrat Kilian als retender . . . Engel. Während dann die Stadtväter „unter sich" mit dem Antrag „rangen", verzehrten die Pressevertreter im Vorraum ihre Fettbullen und . . . waren sichtlich erfreut, als ihnen mitgeteilt wurde, daß die Stadtverordneten auf die Oeffentlichkeit verzichteten. . . . In der geheimen Sitzung soll es noch, wie ein bürgerliches Blatt mitteilt, (deshalb ist die Sitzung geheim) hoch hergegangen sein. Es wollte sich keine Lösung finden lassen. Endlich aber einigte man sich auf einen Antrag der besagt, daß der Magistrat ermächtigt wird, den Mietvertrag mit der Firma J. Lewin, der noch bis zum 31. März 1922 läuft, nicht zu erneuern. Der Magistrat soll aber eine besondere Vorlage über die Verwendung der freiwerdenden Räume einbringen.

*

Infolge Verhinderung des Stadtverordnetenvorstehers Keil und seines Stellvertreters, übernahm Herr Schriftführer Busse den Vorsitz. Er gab zunächst eine Mitteilung des Magistrats bekannt, worin dieser erklärt, daß er dem Beschluß der Stadtverordnetensitzung, den Bau von Kleinwohnungen in der Freimfelderstraße in städtischer Regie auszuführen, nicht beitreten kann. Ein Antrag der Kommunisten, Einrichtungen zu schaffen wo sich die Kinder der arbeitenden Mütter aufhalten können, wird in der nächsten Stadtverordnetensitzung beraten werden. Hierauf wurde in die Verhandlungen nach der Tagesordnung eingetreten.

Die Aufsichtsbehörden haben den Nachtrag zur Lustbarkeitssteuer-Ordnung unserer Stadt gemäß Gemeindebeschluß vom 17. und 18. Januar 1921 genehmigt mit Ausnahme der Bestimmungen über die Besteuerung der Pferderennen, da diese keine Lustbarkeiten seien. Der Magistrat beabsichtigt, eine besondere Steuerordnung über die Besteuerung der Pferderennen durch eine Kartensteuer zu erlassen, während die übrigen Bestimmungen des Nachtrages alsbald in Kraft treten sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem zu.

Die Gebührenordnung für die hiesige Freibank, welche der Magistrat erlassen hat, gab Anlaß zu einer kleinen Debatte.

Stv. Bowitzki (Komm.) fragte an, ob die Gebührenerhebung auf die Preise des minderwertigen Fleisches geschlagen werden soll, worauf vom Stv. Mangold (Dem.) erklärt wurde, daß die Gebühren die Besitzer des Viehes tragen müssen.

Zur Aenderung der Gebührenordnung für den Schlacht- und Viehhof wurde ebenfalls von den Kommunisten darauf hingewiesen, daß sie die Vorlage ablehnen müssen, wenn keine Gewähr dafür gegeben ist, daß sich die Fleischpreise nicht erhöhen.

Herr Kilian, Dezenent für den Schlachthof antwortete darauf: Es ist ganz selbstverständlich, daß sich die Preise für das Fleisch erhöhen müssen, wenn die Gebühren im Schlacht- und Viehhof steigen. Aber durch eine solche geringe Gebührenerhöhung wie vorgesehen, werden die Preise kaum eine merkliche Steigerung erfahren. Der Schlacht- und Viehhof soll natürlich gesundheitlichen Zwecken dienen. Bei der schlechten Finanzlage der Stadt muß aber möglichst ohne Zuschüsse gewirtschaftet werden, weshalb ich bitte, die Vorlage anzunehmen.

Es wurde so beschlossen.

Zur Besteuerung des Wanderlagerbetriebes hat der Magistrat beschlossen, einen Zuschlag von 50 Prozent zu den festgesetzten Steuersätzen zu erheben. Wie in der Vorlage ausgeführt wird, soll die Erhebung des Zuschlages einen erhöhten Schutz für die hiesigen Gewerbetreibenden gewährleisten. Die Stadtverordneten genehmigten die Vorlage.

Der Magistrat hatte beantragt, ihn zu ermächtigen, bis zur Festsetzung des Haushaltsplanes für das Jahr 1921 die im neuen Rechnungsjahre entstehenden Ausgaben für Rechnung der Stadt in dem Maße und in der Art zu leisten, wie es die Notwendigkeit der geordneten Fortführung der städtischen Verwaltung auf den bisherigen, durch die städtischen Körperschaften geschaffenen Grundlagen erfordert.

Dazu stellte Stv. Steinbrück den Antrag, für das erste Vierteljahr nur ein Fünftel der Jahressumme zu bewilligen. Der Antrag findet Annahme.

Deputationsbeschlüsse über Erteilung von Zuschlägen auf Bauarbeiten und Lieferungen haben bisher der Genehmigung des Magistrats bedurft, sobald die erforderlichen Mittel im Einzelfalle den Betrag von 10 000 Mk. übersteigen. Diese Beschränkung entspricht nicht mehr dem gesunkenen Geldwert; sie führt zu unliebsamen Verzögerungen, die finanzielle Nachteile für die Stadtgemeinde haben können. Dem heutigen Geldwert entsprechend wurde deshalb beschlossen, die Grenze auf 100 000 Mk. festzusetzen.

Von Ostern 1921 ab soll außer der bewilligten siebenten Sprachheilklasse die Einrichtung zweier neuer Sprachheilklassen und zwar einer dritten Sprachheilklasse für das zweite Schuljahr und einer Sprachheilklasse für das vierte Schuljahr erfolgen. Die erforderlichen Mittel sind im Etat für 1921 bereitzustellen. Die Vorlage findet Zustimmung.

In Uebereinstimmung mit der Schuldeputation wurde die Einrichtung eines Schulgartens an der Johanneschule beschlossen. Die Kosten sollen mit 8700 Mk. aus Kap. XXIV, 14 1920 entnommen und in den Haushaltsplan 1921 mit 4060 Mk. eingestellt werden.

Im Jahre 1916 wurden der Kanal und die Futtermauer der Straße Neuwerk fertiggestellt. Für den Fußgängerverkehr wurde durch Herstellung eines Mosaikweges gesorgt, auch Bäume wurden gepflanzt. Wegen des Kriegszustandes mußte jedoch die Befestigung des Fahrdammes auf der Strecke vom Steckner'schen Grundstück bis zur Pfälzerbrücke sowie die Befestigung dieser Brücke und der sich daran anschließenden Strecke der Robert Franzstraße bis zur Burgbrücke unterbleiben. Nunmehr soll die Ausführung vor sich gehen. Die Kosten betragen hierfür 451 000 Mk.

Stv. Steckner (Dem.) äußerte schwere Bedenken gegen diese Vorlage. 451 000 Mk. würden nicht ausreichen. Das Geld könne besser zum Ausbau wichtigerer Straßen benutzt werden. Nachdem sich noch die Stvv. Finger (D.V.) und Wolf (Unabh.) dagegen ausgesprochen hatten, äußerte Stv. Günther (Komm.), daß er an der Vorlage festhalten wird, da das Geld für die produktive Erwerbslosenfürsorge verwandt würde. Die danach vorgenommene Abstimmung ergab Ablehnung der Vorlage.

Es ist notwendig, die Pumpstation Weingärten durch Herstellung einer neuen Druckleitung an den Hauptsammelkanal in der Glaucha'er Straße anzuschließen. Die Gesamtkosten betragen nach vorgelegtem Kostenanschlag 18 000 Mk. Die Versammlung beschloß die Herstellung der neuen Druckleitung nebst Erneuerung der maschinellen Anlage nach Maßgabe des vorgelegten Projekts und Kostenanschlags zu genehmigen und die erforderlichen Mittel aus der Anleihe von 1920 zu bewilligen.

Weiter wurden zur Deckung der Kosten für die Kanalschächte des städtischen Schlacht- und Viehhofes 9000 Mk. aus dem Schlachthoferneuerungsfonds und 6000 Mk. aus dem Viehhoferneuerungsfonds bewilligt.

Für den Umbau des Grundstücks Großer Berlin 14 zu Zwecken des städtischen Arbeitsamtes werden 61 747,04 Mk. nachbewilligt.

Ebenso werden für die Erweiterung der elektrischen Lichtanlage im Polizei-Dienstgebäude die Mehrausgaben in Höhe von 1830,37 Mk. bewilligt.

Nachbewilligt werden ferner zur Herstellung einer besonderen Kesselanlage für die kaufmännische Fortbildungsschule im Turnhallengebäude des Stadtgymnasiums 3142,46 Mk.

An die Gewerkschaften und Betriebsräte!

Von dem Metallarbeiter Paul Weyer wird, angeblich im Auftrage des Gewerkschaftskartells, zu Mittwoch abend eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und der Betriebsräte einberufen. Wir machen darauf aufmerksam, daß Weyer dazu keine Befugnis hat und daß daher Beschlüsse, die eventuell in dieser Versammlung gefaßt werden sollten, keinerlei Gültigkeit besitzen.

Zur Erledigung der Geschäfte des Gewerkschaftskartells, also auch zur Einberufung von Versammlungen im Auftrage des Kartells ist nur der unterzeichnete kommissarische Kartellvorstand berechtigt. Daß dieser nicht übergangen werden kann, hat Weyer kürzlich erst selbst dadurch anerkannt, daß er die Gewerkschaftsvorstände aufforderte, die von uns ausgeschriebenen Wahlen der Kartelldelegierten vorzunehmen und uns die Resultate zuzustellen. Weyer hat es aber nicht für nötig gehalten, uns gegenüber den Wunsch zu äußern, daß eine Versammlung, wie sie von ihm einberufen wird, veranstaltet wird.

Wir weisen besonders darauf hin, daß die Wahlen, sowohl die der Kartelldelegierten, wie auch die der Betriebsräte noch nicht abgeschlossen sind. Ehe dies nicht geschehen, können auch keine wichtigen Beschlüsse, die für die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften, des Kartells und der Betriebsräte entscheidend sind, gefaßt werden. Die von Weyer einberufene Versammlung ist daher nur ein Privatvergnügen seiner Person und seiner Freunde, geeignet, neue Verwirrung und neue Zwistigkeiten hervorzurufen.

Wir werden sofort nach Abschluß der Wahlen eine Versammlung der Kartelldelegierten einberufen, die zu den schwebenden Fragen Stellung nehmen wird. Bis dahin bitten wir die Gewerkschaften und Betriebsräte, Anweisungen von anderer Seite keine Folge zu leisten.

Gewerkschaftskartell Halle.
Der kommissarische Kartellvorstand. J. A.: Willi Hesse.

*

Wir trauten gestern unsern Augen kaum, als wir nach Fertigstellung unseres Blattes in den Inseratenteil blickten. So was war noch nie da. Das kommunistische Gewerkschaftskartell, das sich immer noch mit krankhafter Zähigkeit am Leben erhalten will, hatte — sich mal einer an — in unserem Blatte eine Anzeige aufgegeben. Wie verträgt sich das mit dem bisherigen Standpunkt? Es war doch Prinzip und Beschluß, daß weder Anzeigen noch redaktionelle Mitteilungen an die „sozialdemokratische" Volksstimme gegeben wurden. Nicht nur vom Gewerkschaftskartell war dieser Beschluß gefaßt worden, sondern auch von jeder Gewerkschaft noch besonders. Erstens weil wir kein Arbeiterblatt seien und zweitens und hauptsächlich, weil wir die Arbeiterschaft verraten haben. Stillschweigend, ohne uns eine Mitteilung zukommen zu lassen, hat man diese Ansicht und diese Beschlüsse revidiert. Wir freuen uns darüber. Wir freuen uns, daß man uns nicht durch Worte, sondern durch die Tat bestätigt, keine Arbeiterverräter zu sein und halten es deshalb auch gar nicht für notwendig, daß die Arbeiter der Aufforderung des kommunistischen Gewerkschaftskartells Folge leisten, sondern sich hinter das vom A. D. G. B. bestellte kommissarische Kartell stellen.

Strümpfe

Unser Können liegt in wirklicher Qualitätsware zu billigsten Preisen!

Wir geben hiermit einen neuen Beweis unserer Leistungsfähigkeit!

Damenstrümpfe baumwollene, verstärkte Ferse und Spitze **5.45**

Damenstrümpfe schwarz, baumwollene, verstärkte Ferse und Spitze **6.95**

Damenstrümpfe baumwollene, Doppelsohle und Hochferse, schwarz, grau, leder und weiß **9.75**

Damenstrümpfe baumwollene, Doppelsohle und Hochferse, schwarz, weiß und alle modernen Farben **12.75**

Damenstrümpfe florartig, Doppelsohle und Hochferse, schwarz . . **8.75**

Damenstrümpfe schwarz, prima Flor mit Seidenglanz, Doppelsohle und Hochferse **15.75**

Damenstrümpfe bestes Florgewebe. Doppelsohle und Hochferse, schwarz, leder und goldkäfer **23.75**

Damenstrümpfe feinstes Florgewebe. Ersatz für Seide, schwarz, leder und hellgrau **28.75**

Herrensocken gut verstärkt sehr haltbar, schwarz **4.45**

Herrensocken schwarz, kräftige Qualität **5.75**

Herrensocken feinfädig in feinen Farben **6.95**

Füsslinge schwarz 3,95 3,25 **2.25**

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstrasse 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210322-11/fragment/page=0005

Lohnforderung der Arbeiter des städtischen Wasserwerkes.

Die Arbeiter des städt. Wasserwerkes haben die Forderung auf eine Wirtschaftsbeihilfe von 200 Mark gestellt. Irgend eine freie Gewerkschaft steht nicht hinter dieser Lohnbewegung. Lediglich der sogenannte „Hand- und Kopfarbeiterverband", der bekanntlich sogar von der „Roten Fahne" und auch von kommunistischen Organisationen als schädigend für die Arbeiterbewegung hingestellt wurde, will hiermit einen „Erfolg" erringen. Dieser Verband, der weder Anerkennung, noch jemals im Gewerkschaftsleben Bedeutung finden wird, glaubt in Halle sein Schäflein scheren zu können. Wie wir hören, soll eine Art Ultimatum an den Magistrat gestellt worden sein, das heute mittag abläuft. Hoffentlich lassen sich die Arbeiter nicht durch ein fragwürdiges Gebilde, wie es der „Hand- u. Kopfarbeiterverband" darstellt, zu Torheiten verleiten. Die kommunistischen Drahtzieher warten ja nur auf „Aktionen".

Zwei falsche Meldungen.

Einige rechtsstehende Zeitungen bringen, angeblich aus gut unterrichteter Quelle, die Meldung, der preußische Minister des Innern, Severing, habe sich ernsthaft um den Posten des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen bemüht. Dazu teilt der amtliche preußische Pressedienst mit, daß diese Nachricht in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Minister Severing hat nie an eine solche Bewerbung gedacht.

Ferner geht seit einigen Tagen durch eine Reihe von Blättern, ausgehend anscheinend vom Bayerischen Kurier in München, die Behauptung, Minister Severing habe in der Wandelhalle des Reichstags erklärt: „Das mit der bayerischen Einwohnerwehr sind Zicken. Da müssen wir wieder einmal ein paar preußische Regimenter hinschicken und die Bayern zur Vernunft bringen. Dann ist gleich Ruhe." Diese angebliche Aeußerung des Ministers Severing ist frei erfunden.

Zum Eisenbahnattentat in Ammendorf.

Die Herkunft der von den Tätern am Tatort zurückgelassenen Schraubenschlüssel, die zur Lösung der Schiene benutzt worden sind, ist festgestellt. Diese sind etwa 8 Tage vor dem Attentat aus einer verschlossenen Baubude der Bahnmeisterei Schlettau, die auf der Arbeitsstelle bei Wörmlitz steht, mittels Einbruchs gestohlen worden. Wie schon früher hingewiesen, können die beiden Werkzeuge ihrer Größe und Unhandlichkeit wegen kaum ungesehen befördert worden sein, vielleicht sind sie auch irgendwo, vorübergehend, eingestellt worden.

Unter Hinweis auf die sehr hohe Belohnung ergeht nochmals an alle, die irgend welche, scheinbar auch noch so geringfügige Wahrnehmungen auch über den Diebstahl an den Schraubenschlüsseln gemacht haben, die dringende Bitte, sich recht bald bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38, zu melden.

Dachstuhlbrand. Gestern abend wurde die Feuerwehr zur Beseitigung eines Dachstuhlbrandes nach dem Weidenplan gerufen.

Straßenunfall. Gestern vormittag wurden in der Gr. Ulrichstraße ein Schulknabe von einem Radfahrer umgefahren und nachmittags eine Ehefrau von einem Kraftwagen angefahren und zur Seite geschleudert. Die Ehefrau, die eine Kopfverletzung erlitt und über Seitenschmerzen klagte, wurde mit dem Kraftfahrzeug ihrer Wohnung zugeführt.

Explosion auf dem Exerzierplatz. Gestern nachmittag fand auf dem Beesener Exerzierplatz eine größere Explosion von Hand- und Gewehrgranaten statt. Personen sind hierbei nicht zu Schaden gekommen.

Zwei Enten in Not. Am 19. März wurden an der Steinmühle zwei weiße Enten aufgegriffen und in der Konditorei von Dietze, Burgstraße 38, vorläufig abgegeben. Der Eigentümer wolle sich schleunigst bei der Kriminalabteilung, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 20 oder 71, melden.

Frühwagen der Städtischen Straßenbahn nach und von Trotha. Ab Mittwoch, den 23. März, fährt an Sonn- und Wochentagen der erste Frühwagen der Linie 5 bis Trotha (Oppiner Str.) und zurück nach Hauptbahnhof: 4.38 Uhr vorm. ab Walhalla nach Trotha (Oppiner Str.). 4.44 Uhr vorm. ab Ecke Bernburger/Reilstraße. 4.56 Uhr ab Trotha (Oppiner Str.) nach Hauptbahnhof. 5.02 Uhr ab Zoo. 5.08 Uhr Ecke Bernburger/Reilstraße. 5.14 Uhr ab Walhalla. 5.22 Uhr an Hauptbahnhof.

Stadttheater. Heute Dienstag, abends 7½ Uhr, geht das Schauspiel „Das Glück im Winkel" von Sudermann in Szene. Mittwoch „Drum prüfe, wer sich ewig bindet" (Don Pasquale), Operette von Donizetti. Donnerstag, abends 6½ Uhr, „Die Walküre". Am Karfreitag bleibt das Theater geschlossen. Die Freitag-Stammkarten gelten am Sonnabend zu Mozarts Oper „Die Zauberflöte". Am 1. Osterfeiertag, nachmittags, wird die Operette „Der fidele Bauer" gegeben, abends „Undine", am 2. Feiertag nachmittags „Tiefland", abends „Wenn Liebe erwacht", Operette von Künneke, am 3. Feiertag, abends, „Drum prüfe, wer sich ewig bindet".

Freie Volksbühne Halle. IV. Werk (Maria Magdalena). L: Mittwoch, den 23. März.

C.-T.-Lichtspiele Monte Carlo. Ein Abenteuer mit Friedrich Zelnik und Fritz Schulz Eine Mischung von Abenteurersensationen und guter Charakterzeichnung Aeußerst genußreich. Wer allzu Tiefes wünscht, darf ja nicht ins Kino gehen. Aber wer geistige Anregung ohne allzu große Belastung erfahren will, kommt auf seine Rechnung. — Der ewige Karl Victor Plagge gibt in dem Lustspiel „Karlchens erster Brautbesuch" wieder eine Glanzrolle. Alles in allem annehmbarer als — fliegende Harry-Piel-Autos. H—r.

U.-T.-Lichtspiele in der Leipziger Straße. „Der Meister" mit Ernst Reicher als Stuart Webbs in der Hauptrolle. Bin sonst, wie schon mehrfach betont, Todfeind des Detektivfilms, der in aufgepeitschter (künstlich) Handlung schließlich jäh zu einer Bestrafung des Schuldigen und einen Triumph des „genialen" Kriminalisten so und so führt. Aber Ernst Reicher stellt eine gutgekleidete Figur, sympathische, aller Effektschinderei abholde Darstellungsweise. Und das Manuskript ist diesmal tatsächlich spannend. Entbehrt auch nicht des seelischen, manchmal allerdings sentimentalen Einschlages. — Außerdem bekam das staunende Publikum wieder einen neuen Streich der berüchtigten Berliner Range Lotte Bach zu Gesicht. Hilde Wörner spielt ihre Rolle mit solch' köstlicher Naivität und Verschlagenheit, daß der Zuschauer ganz vergißt, daß diese Künstlerin ja schon als Darstellerin in Liebesdramen erfolgreich wirkte und überhaupt — — eine interessante und schöne Frau ist. H—r.

Provinz und Umgegend.

Kreistagssitzung des Saalkreises.

Genosse Landrat Thiele eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Die kommunistische Fraktion des Kreistages kann es nicht unterlassen, dem Beginn der Arbeiten des neuen Kreisparlamentes gleich die richtige Würze zu geben, indem sie durch Herrn Driebusch folgende Erklärung vom Stapel läßt:

Die kommunistische Fraktion der Kreistagsabgeordneten des Saalkreises hat nach erfolgter Neuwahl des Kreistages folgende Erklärung abzugeben:

Aus Anlaß der Erfahrungen, die die Kreistagsabgeordneten der früheren U.S.P.-Fraktion mit dem derzeitigen Vorsitzenden des Kreistages, Herrn Adolf Thiele, im Kreistage und Kreisausschuß gemacht haben, erklärt die unterzeichnete Fraktion, daß sie jede Politik im Kreisständehaus, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zuwiderläuft, bekämpft. Insbesondere aber steht sie auf dem Standpunkte, nicht reformistische Arbeit leisten zu können, sondern nur klar und eindeutig die Interssen des Landes proletariats vertreten zu können.

Die kommunistische Fraktion
der Kreistagsabgeordneten des Saalkreises.

Nach diesem — ohne Zweifel — imposanten Anfang erstattet Regierungsassessor Neumann Bericht über die vergangenen Wahlen zum neuen Kreistage. Er geht des Näheren auf die Verteilung der Reststimmen und ihre Verwertung ein. Eine Debatte hierüber findet nicht statt, sodaß als nächstes Gen. Landrat Thiele auf die Schulden des Saalkreises und ihre Behebung zu sprechen kommt und in Aussicht stellt, daß das Reich diese Schuld durch eine Anleihe auf sich nehmen werde.

Herr Driebusch kann es sich nicht verwehren, dem Gen. Thiele das Recht abzustreiten, diese Frage anzuschneiden, da ja auch ein Antrag der Kommunisten von der Tagesordnung abgesetzt worden sei (!).

Rhode (Ammendorf) (Komm.) führt darüber Beschwerde, daß in seinem Orte eine Hundertschaft der Sipo eingerückt ist und das dortige Schulhaus als Quartier beansprucht hat. Er macht Gen. Thiele dafür verantwortlich, was von diesem richtiggestellt wird. Der Bericht über die Prüfung der Kreiskommunal-Kassenrechnung und die Bekanntgabe der Höhe der Nachtragszuschläge zu den Realsteuern ist Anlaß zu reger Aussprache, an der sich Redner des Ordnungsblocks und der Kommunisten beteiligen. Motig (Komm.) spricht recht „kühn" von einer Bilanzverschleierung, die aber gar nicht in Frage kommt. Da Gen. Thiele dem Kreistage fertiges Manuskript hierüber zugehen ließ, glaubt Herr Driebusch, der sich sofort ins rechte Licht setzen will, dem Vorsitzenden den Vorwurf machen zu können, daß er den Kreistag gnädigst von seinen Elaboraten in Kenntnis setze. — Nach diesen Punkten schreitet man noch zur Wahl verschiedener Kommissionen. Als Kreisdeputierter wird Sattler (Bruckdorf) gewählt. Der Kreisausschuß setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Driebusch, Sattler, Holl, Zakrzewski, Koch und Gen. Keidel (S.P.D.).

Liebenwerdaer Kreistag.

Am 19. März trat der neugewählte Kreistag zu seiner „Premiere" zusammen. Gen. Vogl als Vorsitzender eröffnete denselben durch eine kurze markante Ansprache, mit dem Hinweis schließend, eine gute Zusammenarbeit zum Wohle des Kreises zu ermöglichen. Für die Neuwahl des Kreisausschusses waren drei Wahlvorschläge eingereicht: Wahlv. Stieler (Elsterwerda) (bürgerlich) 13 Stimmen, Dietrich (Falkenberg) (Soz.) 5 Stimmen, Naumann (Mühlberg) (K.P.D.) 7 Stimmen, 1 unbeschrieben. In den Kreisausschuß sind gewählt: Bürgermeister Stieler (Elsterwerda), Landwirt Pinkert (Kranschütz), Rittergutbesitzer Günther (Döllingen), Amtsvorsteher Dietrich (Falkenberg), Korbmacher Naumann (Mühlberg), Töpfer Walter (Elsterwerda). Während der langen Sitzung der zu erfüllenden Tagesordnung ist so recht die unglückliche Zusammensetzung des Kreistages zum Ausdruck gekommen. Die Herren Demokraten sekundieren, nein sind völlig einig, mit — dem sogen. Ordnungsblock, trotz der Schmähungen und Herunterreißungen in der Wahlkampagne, daß man berechtigt ist, zu sagen „Mensch vergiß Dein Gestern nicht". Wie auf der einen Seite die Herren von der äußersten Linken in ihrer beliebten Demagogie mit dem Sowjetsäbel in der Luft herumhauen, gibt sich der Wortführer des Ordnungsblocks, als züchtige Hausfrau, die allerdenklichste Mühe bei allen Paragraphen das I-Pünktchen herauszuklauben, um so der Wohnungsnot sowie der erschreckenden Arbeitslosigkeit und allgemeinen Not das Rezept der Sparsamkeit entgegenzuhalten. Wir wissen aber, daß gerade in der Gegenwart das Elend der schaffenden Volksmasse von Tag zu Tag ein unglaublich größeres wird; darum rufe ich meinen Genossen zu, wir müssen mehr heraus aus der Reserve, um auch in unserer Stellung der Opposition ganz energisch die Zähne zu zeigen.

Könnern. Berichtigung. In dem Versammlungsbericht in Nr. 65 der Volksstimme muß es heißen: Am Dienstag fand hier eine öffentliche Versammlung der S.P.D. statt, nicht der K.P.D., wie es der Druckfehlerteufel daraus machte.

Weißenfels. Stadtverordnetensitzung. Am Mittwoch, den 23. März, nachmittags 6 Uhr, findet im Stadtverordnetensitzungssaal Sitzung der Stadtverordneten statt, wozu das Kollegium ergebenst eingeladen wird. Tagesordnung: 1. Neuregelung der Gehaltsbezüge eines Beamten. 2. Desgl. 3. Anrechnung von Dienstjahren auf das Besoldungsdienstalter eines Beamten. 4. Anrechnung von Dienstjahren auf das Besoldungsdienstalter eines Beamten. 5. Erhöhung des Kleidergeldes und der Dienstaufwandsentschädigung für Polizei-Exekutivbeamten. 5a. Schaffung einer neuen Beamtenstelle. 6. Versetzung eines Beamten von Besoldungsgruppe XI nach XII. 7. Wiedereinführung der Erhebung von Gebühren für das Aufstellen und Benutzen der Markthitschen. 8. Uebernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft. 9. Verwendung der Ueberschüsse des Lebensmittelamtes. 10. Aufnahme einer Anleihe von 20 000 Mk. 11. Nachtrag der Ordnung zur Erhebung einer Biersteuer. 12. Erhebung eines Zuschlages von 25 Prozent zur Besteuerung des Wanderlagerbetriebes. 13. Erhöhung der Hundesteuer. 14. Bewilligung von Mitteln zur Anbringung einer Lichtanlage in der Bedürfnisanstalt der Berg-Mädchenschule. 15. Bewilligung von Mitteln für bauliche Veränderungen im Finanzamtgebäude. 16. Bewilligung von Mitteln zur Auswechselung der Gleich- in Wechselstromwecker in der Neustadt- und Bergschule. 17. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Gegenständen für das Vermessungsbureau. 18. Bewilligung von Mitteln zur Anbringung von Lichtanlagen in verschiedenen Klassenräumen der Beuditz-Schule. 19. Abstandnahme von dem Erwerb eines Kohlenbergwerkes. 20. Uebernahme von Bürgschaften. 21. Verteilung städtischer Sanierungszuschüsse. 22. Wiedereinführung des Großabnehmer-Tarifs. 23. Wiedereinführung des Pauschaltarifs. 24. Erhöhung des Strompreises. 25. Erhöhung der Schlachthofgebühren. 26. Uebernahme des Auschlagwesens in eigene Bewirtschaftung. 27. Ausführung baulicher Veränderungen am Feuerlöschgerätehaus. 28. Uebernahme eines Mandats als Landtagsabgeordneter durch einen Beamten. 29. Festsetzung des Haushaltsplanes der Stadtsparkasse für 1921. 30. Festsetzung des Haushaltsplanes des Elektrizitätswerkes für 1921. 31. Ueberschreitung des Abschnitts X D. D. V. B. des Haushaltsplanes. 32. Ueberschreitung des Abschnittes X C. III 5 des Haushaltsplanes. 33. Ueberschreitung des Abschnittes XIX A. II 2 des Haushaltsplanes. 34. Ueberschreitung des Abschnitts VIII D. 1 des Haushaltsplanes. 35. Ueberschreitung des Abschnitts XVI B. 5 des Haushaltsplanes. 36. Ueberschreitung von verschiedenen Titeln des Abschn. II des Haushaltsplanes. 37. Nachbewilligung von 78 000 Mk. zu Abschnitt XIV des Haushaltsplanes. 38. Rechnungslegung des Gaswerkes für 1919. 39. Wahl von Vertretern der Vermieter und Mieter als Beisitzer für das Mieteinigungsamt. 40. Wahl von Stellvertretern in den Steuerbezirk I und II.

Naumburg a. S. Totenfeier-Agitation. Zu einer öffentlichen Versammlung machte die VKPD. die Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen auf dem hiesigen Friedhofe. Es sprach der Klassenkampfredakteur Schumann (Halle). Die Gedächtnisfeier war vom Gewerkschaftskartell arrangiert. Die VKPD. muß sehr heruntergekommen sein, wenn sie eine Feier, die dem Gedächtnis der Toten gewidmet sein soll, agitatorisch ausnützen muß. — Und wie plump der Versuch gemacht wurde, bewiesen die Aeußerungen von Anwesenden, die sonst als ziemlich langmütig bekannt sind. Den dort ruhenden Opfern des Kapp-Putsches gehört unsere Sympathie für immer, denn es steht fest, daß die Truppen, die sie bekämpften, Kapptruppen waren. Ob damals richtig gehandelt worden ist, soll hier auch nicht kritisch beleuchtet werden. Wenn aber der Redner der VKPD. annimmt, daß er mit seinem Gewäsch Eindruck gemacht hat, so muß ihm das eine gesagt werden: Das Zetern über die Uneinigkeit der Arbeiterschaft wird noch oft Gegenstand seiner Reden sein. Es geht ein Zug zur Wiedervereinigung durch die Arbeiterschaft, der recht deutlich bei den Preußenwahlen zum Ausdruck gekommen ist. Hier hat sich die VKPD. wieder ein Stück geleistet, daß sich würdig den übrigen Taten des Kartells anschließt.

Eisleben. Vor einem Jahre! Unter dieser Spitzmarke schreibt das „Eisleber Tageblatt" Reminiszensen, die allem Anschein nach der Feder eines rechtsstehenden Politikers entstammen. Uns interessiert dabei besonders die Lüftung der Maske, die im letzten Satz des Artikels zum Ausdruck kommt, wonach bei geschickterer Behandlung der Ereignisse von damals es hätte gelingen können, dem Vaterlande eine starke Staatsgewalt zu schaffen, erfüllt von wahrem demokratischen Geiste! Donnerwetter, das ist deutlich genug und darin liegt allerhand verborgen. Das gibt Veranlassung, nun auch einmal deutlich zu werden, um einen kleinen Vorgeschmack des also erstrebten wahren demokratischen Geistes zu bekommen. Wir bedauern lebhaft den tragischen Tod des Bergrats Vogelsang. Wir schicken das absichtlich voraus, um aus der Registrierung der nachfolgenden Tatsache nicht die Vermutung herleiten zu lassen, als hätten wir Genugtuung über seinen Tod empfunden. Unter dem Bergrat Vogelsang wurde im Jahre 1909 das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Mansfelder Bergleute mit Maschinengewehren und Militär zu ersticken versucht. Und heute! Heute zerren in Eisleben bzw. im Mansfeldschen die Rechts- und Linksbolschewisten an der Verfassung herum, um sie unter allen Umständen in Mißkredit zu bringen. Heute sitzt ein schwer reicher Stadtrat im Magistrat der Stadt Eisleben, der nicht im Verdacht steht, zuviel Milch abzuliefern. Ob damit der Säuglingssterblichkeit vorgebeugt werden soll, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Ironie des Schicksals will, daß er Dezernent des Friedhofs ist! Ein Bürgermeister sabotiert durch übertriebenen Bureaukratismus großzügige volkswirtschaftliche Maßnahmen. Die Grundschule hätte man in Eisleben am liebsten nicht eingeführt. Damit aber trotzdem die Kinder der „oberen 50" mit dem Gewimmel in der Tiefe nicht allzu sehr in Berührung kommen, konzentriert sich, wie die „Fama" zu erzählen weiß, die Anmeldung der „oberen" Kinder in der sog. Seminarübungsschule; bei der Betätigung anläßlich der Oberschlesischen Opfertage bemerkte man in Eisleben gerade nicht allzu starke Teilnahme bei der eigentlichen Arbeit seitens jener Kreise, die den sog. „Nationalismus" à la Oppersdorf für sich in Anspruch nehmen. Das ist nur ein kleines Schütteln einer Auslese aus dem Handgelenk. Und da stellt sich so ein rechtsstehender politischer Mitarbeiter im „Eisleber Tageblatt" des öfteren hin und will die Tätigkeit der sozialdemokratischen Minister usw. unter leisem Anflug an die einstige Zeit durch die Gosse schleifen! Ja, gibts denn nur ein größeres Pharisäertum und ist denn die Scham zu den Hunden geflohen?

Liebenwerda. Erkenntnis. Wie schon des öfteren an dieser Stelle berichtet, steht das hiesige Gewerkschaftskartell zum größten Teil unter dem Einflusse der Kommunisten. Vor einiger Zeit wurde ein neues Kartellstatut beraten und sollte da unter anderem auch die Wirtschaftl. Räteorganisation im Statut verankert werden. Als einzige Gewerkschaften lehnten damals nur die Buchdrucker und die Eisenbahner dieselbe ab. Jetzt sind nun auch die Metallarbeiter gefolgt und haben in ihrer letzten Versammlung die Wirtsch. Räteorg. abgelehnt. — Hoffentlich bricht sich nun die Erkenntnis auch in den anderen Gewerkschaften Bahn. Für jeden denkenden Gewerkschaftler kann doch nur die Räteorganisation des Allgem. Deutsch. Gewerkschaftsb. und der Afa in Betracht kommen. Die Wirtsch. Räteorg. wird nur ein totgeborenes Kind bleiben.

Liebenwerda. Wies gemacht wird. Der Hüfner Reinhold Görlich im benachbarten Winkel hatte zum Reichsnotopfer ganze 140 Mk. bezahlt und behauptet, daß er nicht mehr Vermögen besitze. Das Finanzamt Liebenwerda scheint aber Zweifel in die Richtigkeit der Angaben des G. gesetzt zu haben und lud denselben eines Tages vor. Währenddessen unternahmen zwei Wachtmeister eine gründliche Durchsuchung der Wohnung des G. Dieselbe war auch von vollem Erfolg gekrönt, denn es dauerte gar nicht lange, so fanden die Beamten in einer Kiste verpackt 69 000 Mk. vor, die natürlich beschlagnahmt wurden. — Dieser Fall zeigt wieder deutlich, wie sich so viele Besitzende von den Steuern zu drücken versuchen, während der Arbeiter jeden Pfennig von seinem Lohn, der kaum zu den notwendigsten Lebensmitteln langt, versteuern muß.

Uebigau. Mitgliederversammlung. Am Dienstag, 15., fand unsere Mitgliederversammlung statt. Genosse Manke eröffnete die Versammlung um 8.30 Uhr. Zu Punkt 1 wird das Protokoll verlesen und angenommen. Gen. Manke gibt den Bericht über den Ausfall der Wahlen. Der engere zusammengefaßte Sinn seines gutdurchdachten Referats war, daß wir alle Ursache haben, mit dem Ausfall der Wahlen zufrieden zu sein. Bei den Landtagswahlen hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie vernichtend die Wählermassen über die mit großem Phrasenschwall in den Reichstagswahlkampf gezogene USP. geurteilt haben. Sie sind zugrunde gegangen an der eigenen politischen Unfähigkeit und Unmöglichkeit. Auch die KPD. wird mit der Zunahme besserer Lebensverhältnisse rapide von der jetzigen Anhängerschaft verlassen werden. Einzig und allein hat die SPD. nicht nur das Feld behauptet, sondern noch gewonnen. Zur Regierungsfrage wird unsere Partei in nächster Zeit endgültig Stellung nehmen; fest steht aber, daß sie mit der großkapitalistischen Volkspartei nicht zusammengehen kann und wird. Gen. Manke schließt mit einem Appell an die Genossinnen und Genossen zur weiteren unermüdlichen Arbeit für unsere großen Ideale. Zur Unterbezirkskonferenz am 17. April in Falkenberg werden die Gen. Fr. Grabow und R. Merkel gewählt, außer ihnen nimmt als Vorstandsmitglied Gen. Manke teil. Zum stellv. Schriftführer wurde Gen. O. Terne und zum stellv. Kassierer Gen. H. Beyer gewählt. Alsdann wurde die Maifeier besprochen und beschlossen, nachmittags Umzug und abends ein gemütliches Beisammensein mit kleinem Ball im Mitgliederkreise zu veranstalten. Es wurde ein Festkomitee gewählt, bestehend aus den Gen. Müller, Rostin, Richtitz, Silber, Drasdo und Merkel. Nach einigen kleinen Anfragen war die Tagesordnung erledigt. Besonders hervorzuheben ist der gute Besuch der Versammlung auch seitens der Frauen. Weiter zu neuen Taten und Siegen! Denn vereint sind auch die Schwachen mächtig.

Kelbra. Unterhaltungsabend. Am Sonntag abend veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der Arbeiterjugend im Saale der „Schenke" zu Ehren der schulentlassenen Konfirmanden einen Unterhaltungsabend, welcher von Freunden unserer Sache, sowie von Parteigenossen gut besucht war. Nachdem die Jugendgruppe, welche bereits auf 34 Mitglieder angewachsen ist, ein schönes Lied gesungen hatten, hielt Jugendgenosse Paul Bauersfeld eine kurze Begrüßungsansprache. Es folgte dann ein lustiges Theaterstück: „Eine Ueberraschung in der Dorfschenke", welches sicher und gut gespielt wurde und bei dem Publikum lebhaften Beifall hervorrief. Dann hielt Jugendgenosse Drescher jun. aus Halle einen Vortrag über Zweck, Ziele und Bedeutung der Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend sei eine Bildungsorganisation, dieselbe habe die Bekämpfung von Schmutz und Schund auf ihre Fahne geschrieben. Kinos, welche solchen Schmutz dulden, sind entschieden zu meiden. Ferner bekämpfe die Arbeiterjugend die Auswüchse der Saaltänze. Als Ersatz dienen hierzu die Volkstänze und Jugendspiele. Nachdem der Redner das Jugendschutzprogramm erläutert und die gegnerischen Jugendorganisationen besprochen hatte, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nachdem noch mehrere Lieder und abermals ein lustiger Einakter, „Eine fidele Gläubigerversammlung", dem Publikum geboten waren, kamen zum Schluß eine große Anzahl Jugendspiele zur Aufführung. Möge unsere junge Gruppe, welche erst ungefähr 8 Wochen besteht, und bereits in dem ersten öffentlichen Auftreten was Gutes leistete, sich immer in erfreulicher Weise weiter entwickeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210322-11/fragment/page=0006